

---

Gero Neugebauer

**SED, DDR und MfS –  
was waren  
das noch mal?**

**Bemerkungen darüber, wie sich die  
PDS in programmatischen Aussagen  
mit der Geschichte  
der ehemaligen DDR befaßt**



**A 95 - 03259**

### *Wer diskutiert in der PDS DDR-Geschichte?*

Es gibt in der PDS eine Anzahl von ideologisch differenzierten Gruppen unterschiedlicher Provenienz, beispielsweise die AG Junge GenossInnen und die Kommunistische Plattform, oder Personen, von denen wenige viel, die übergroße Mehrheit überhaupt nichts aktiv zu der wahrnehmbaren Diskussion über die Geschichte der ehemaligen SED und der DDR beitragen, obwohl es die Auseinandersetzung mit diesen Punkten die PDS seit ihrer Gründung begleitet. PDS-nahe Anhänger eines Konzepts der Verknüpfung von Sozialismus und Moderne kümmern sich nicht positiv um das Geschichtsbild der PDS, weil sie ihr als Partei eines unvollendet erneuerten Typs nicht zutrauen, aus der bisherigen Befassung mit ihrer eigenen wie aus der ererbten Geschichte herauszutreten und ein verändertes Verhältnis zu finden.<sup>1</sup>

Die PDS-nahe Geschichtsdiskussion findet in Publikationen wie den "hefte(n) zur ddr-geschichte", in den "Ansichten zur Geschichte der DDR" oder in Beiträgen in den Zeitschriften "utopie creativ" oder "Berliner Debatte initial" statt, während die PDS-Mitgliederzeitschrift "DISPUT" oder auch das "Neue Deutschland" Themen aus der SED-oder der DDR-Geschichte eher politisch gezielt aufgreifen, wobei das "ND" eine, wie es am Beispiel der Behandlung des "Buchenwald"-Themas dokumentiert werden kann<sup>2</sup>, eher traurige Rolle spielt. Ebenso finden Veranstaltungen PDS-naher politischer Bildungs- und Wissenschaftsvereine statt, gelegentlich auch thematische Schwerpunktveranstaltungen von Basisorganisationen, auf denen historische Themen von Historikern und Laien diskutiert werden. Keine Rolle in der Popularisierung dieser Diskussion spielt hingegen der PDS-eigene Dietz-Verlag, der seltsamerweise die Befassung mit historischen Themen bisher so weitgehend aus

<sup>1</sup> Vgl. Rainer Land/Ralf Possekel, Orthodoxie und Modernität, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 5/1995, S. 415-423.  
<sup>2</sup> Vgl. "Neues Deutschland" (im folgenden ND), 12. 12. 1994.

ISBN 3-86077-435-2

Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung  
 Abteilung Gesellschaftspolitische Information (GPI)  
 Copyright 1995 by Friedrich-Ebert-Stiftung  
 Godesberger Allee 149, D-53175 Bonn  
 Druck: graphoprint gmbh, Koblenz  
 Printed in Germany 1995

geblendet hat, daß eine Publikation zum Jahr 1945 schon allein deshalb auffällt.<sup>3</sup>

Die Infrastruktur der Geschichtsdiskussion verdeutlicht, daß es keine einheitliche Diskussion gibt. Das hängt auch damit zusammen, daß die PDS nicht wie die frühere SED über ein System von Parteischulen verfügt oder die vom ZK beschlossenen einheitliche Vortragsdispositionen für Geschichtspropagandisten fehlen. Wichtiger als dieser infrastrukturelle Aspekt ist die Tatsache, daß nicht nur die geschlossene Ideologie weggefallen ist und damit auch der früher postulierte Anspruch auf Wissenschaftlichkeit, der gleichzeitig ein Verbot Themen und Thesen einschloß, die vom herrschenden Dogma nicht gedeckt waren oder ihm zuwiderliefen. Sowohl der Verlust der "Einsichtigkeit" als auch der Wegfall des Diskussionsverbots haben dazu geführt, daß in der und um die PDS herum sich verschiedene Jahrgänge, Gruppen und Personen mit unterschiedlichen ideologischen Positionen und politischen Interessen tummeln. Das wirkt sich entsprechend aus, wenn es darum geht, die Entstehung und Entwicklung der DDR, einschließlich ihrer Vorgeschichte, sowohl im Zusammenhang mit der Entwicklung des "sozialistischen Lagers" als auch mit den eigenen Biographien zu beschreiben und zu interpretieren: Es herrscht eine Vielfalt ohne Einheit vor.

Da es nicht die PDS gibt, gibt es im obigen Sinne auch keine einheitliche Programmatik, sondern eine Sammlung programmatischer Aussagen, die eigentlich identitätsstiftend für das einzelne Mitglied wie für Gruppen und Plattformen wirken sollen und nach außen und nach innen als Programm der PDS ausgegeben werden. So geht die Vorstellung, es würde ein geschlossenes Geschichtsbild der PDS in ihrem Programm geben, fehl, denn diese unterstellt eigentlich eine Kontinuität eines marxistisch-leninistischen Parteienverständnisses bei der PDS, das dort zwar auch noch bei etlichen Mitgliedern oder einzelnen Gruppen zu finden ist, aber in der PDS-Mitgliederschaft nicht dominiert.

Paradoxaerweise scheint aber die PDS-Führung gelegentlich selbst

<sup>3</sup> Christine Krause u. Daniel Küchenmeister (Hrsg.), Das Jahr 1945. Brüche und Kontinuitäten, Berlin: Dietz 1995.

auf die Vorstellung hereinzufallen, die Partei bräuchte ein Geschichtsbild; daß sie glauben würde, daß es ideologisch die PDS gäbe, kann ihr nicht unterstellt werden.<sup>4</sup> Nur fällt sie dann wie in manchen anderen Dingen auch wieder hinter den erreichten Konsens zurück. Als sich seinerzeit am 17. Juni (sic!) 1990 die Historische Kommission beim Parteivorstand der PDS konstituierte, wurde erklärt,

"daß es für die PDS kein parteioffizielles Geschichtsbild geben könne. Das Streben nach Wissenschaftlichkeit und Objektivität schlosse unterschiedliche Herangehens- und Sichtweisen ein und mache Meinungsp pluralität erforderlich."<sup>5</sup>

Wenn überhaupt, dann repräsentiert diese Kommission und von ihr unterstützte Aktivitäten eine gewisse Kontinuität der Befassung mit DDR-Geschichte im Umfeld der PDS. Sie war bis 1992 in thematische Arbeitskreise gegliedert und versuchte, ein Forschungs- und Publikationsprogramm zu organisieren. Das war nach der Reorganisation der außeruniversitären wie universitären historischen Forschungs- und Lehrinrichtungen in der ehemaligen DDR u. a. deshalb nicht mehr möglich, weil sowohl Institutionen aufgelöst als auch ehemalige DDR-Hochschullehrer abgewickelt wurden, so daß der institutionelle Rückhalt, eingeschlossen das aus dem früheren Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED herausgelö-

<sup>4</sup> Wenn es um Geschichtsbild, Programm und PDS geht, soll als Geschichtsbild das Bild von der ehemaligen DDR, einschließlich der SED und des real existierend gewesenen Sozialismus definiert werden, wie es in Dokumenten der Führung der PDS gezeichnet wird. Kapitalismus, kapitalistisches Weltssystem, bürgerliche Demokratie, die Entwicklung Europas oder das Verhältnis zwischen der ehemaligen DDR und der früheren Sowjetunion, um nur einige weitere für das Geschichts- und insoweit auch Weltbild relevante Felder zu nennen, bleiben weitgehend ausgeblendet.

Als Programmatik gilt, was als solches bezeichnet wird – vom Grundsatzprogramm bis hin zu Wahlprogrammen – und entsprechend autorisiert, d. h. durch Parteitageentscheidungen abgesegnet ist. Zudem werden auch Aussagen führender Parteileute herangezogen. Beiträge von Kommissionen, die wie die Historische Kommission der PDS im Auftrag der Parteiführung Geschichtsarbeit betreiben, werden bei der Ausmalung des parteioffiziellen Geschichtsbildes nur dann berücksichtigt werden, wenn sie zu dessen Interpretation geeignet erscheinen.

<sup>5</sup> Von den Anfängen, Eine illustrierte Chronik der PDS 1989 bis 1994, Berlin 1995, S. 34.

sten PDS-nahe Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung, verloren ging. Sie stellt somit keine "Geschichtskommission" der PDS dar, hat keinen Unterbau und keine hauptamtlichen, mit Arbeiten für die PDS beauftragten Mitarbeiter. Sie erfüllt Beratungswünsche, wie den des Landesvorstandes der PDS Mecklenburg-Vorpommern, als dieser von der SPD nach der Landtagswahl 1994 in einem Papier aufgefordert wurde, vor der förmlichen Aufnahme von Gesprächen zwischen SPD und PDS zur Frage der Zwangsvereinigung Stellung zu nehmen. Sie organisierte Konferenzen, so zum Beispiel eine Stalinismus-Konferenz im November 1990, eine Konferenz zur DDR in den 60er Jahren im November 1991 (die Materialien blieben unveröffentlicht) und andere zu Themen wie der Außenpolitik der DDR im April 1994 und "Fünf Jahre PDS in der BRD" im November 1995. Mitglieder beteiligten sich an anderen Veranstaltungen mit historischen Themen, arbeiteten und arbeiten dem PDS-Vertreter in der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur SED- und DDR-Geschichte zu und beteiligen sich an dem bei PDS-nahen Bildungsverein "Helle Panke" angesiedelten "Forscher- und Diskussionskreis DDR-Geschichte". Der Kommission ist ein 1992 gegründeter "Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" zugeordnet, der mit der Geschichtskommission der DKP und der Marx-Engels-Stiftung e. V. Wuppertal zwischen 1992 und 1994 fünf Geschichtskonferenzen durchführte.<sup>6</sup>

Diese Form der Geschichtsarbeit dient dazu, wie es die Herausgeber der "Ansichten zur Geschichte der DDR" denn auch in der Einleitung zum ersten Band formulierten, daß sie zu geschichtlichen Fragen einen "bescheidenen politischen, wissenschaftlichen und vor allem eigenständigen Beitrag leisten" wollen:

"Wie er zu bewerten ist und ob er vor der Lebensgeschichte der Betroffenen auch standhält, ist Sache der Bewertung der nachfolgenden Generationen und hängt von deren Urteil ab".<sup>7</sup>

Das ist eine andere Ebene als die der geschichtspolitischen Arbeit in der PDS.

<sup>6</sup> Vgl. Pressedienst der PDS (hinfort: PID) 35/95, S. 16.

<sup>7</sup> Einleitung (d. Hrsg. D. Keller, H. Modrow und H. Wolf) in: ANsichten zur Geschichte der DDR (Anm. 12) Bd. 1, S. 8

### Die "Geschichtsbildpolitik" der PDS-Führung

Die Konturen der Geschichtsbildpolitik der PDS werden u. a. in einem Beschluß des 4. Parteitages im Januar 1995 "Zur Geschichtsarbeit der PDS" ersichtlich. Dort heißt es, daß die PDS eine

"vorurteilsfreikritische (vorurteilsfrei und kritisch oder kritisch gegenüber dem Postulat der Vorurteilsfreiheit?, G. N.) Auseinandersetzung mit der Geschichte der Arbeiterbewegung in allen ihren Strömungen, mit der Geschichte des Sozialismus sowie mit der deutschen Zeitgeschichte in ihren internationalen Zusammenhängen"<sup>8</sup>

nach Kräften unterstützen will. Unter den zahlreichen Themen, sie reichen von der Befassung mit den marxistischen Kategorien der Gesellschaftswissenschaft bis hin zur "kritischen Aneignung der von demokratischen und sozialistischen Kräften in der BRD gewonnenen Erfahrungen"<sup>9</sup>, wird auch ein spezifisches aufgeführt, die "Kritik am Staatssozialismus, insbesondere in seiner deutschen Erscheinungsform", wobei hier die Analyse der

"inneren Widersprüche, vor allem der zwischen den sozialistischen Ansprüchen sowie Verhaltensweisen an der "Basis" und dem politischen sowie ideologischen "Überbau"<sup>10</sup> gewünscht wird.

Man mag sich darüber streiten, ob, wie ich meine, die Verwendung der traditionellen Kategorien nicht bereits die Annäherung an das Thema einengt, aber der Beschluß unterstreicht das Bedürfnis der PDS nach einer Befassung mit Geschichte im Kontext des Selbstverständnisses der Partei. Ein zweiter Beschluß ist bezüglich des hier interessierenden Themenbereichs wesentlich konkreter, denn er befaßt sich mit der "Aufarbeitung der Geschichte der SED und der DDR".<sup>11</sup> Er bezieht sich auf einen Beschluß des 3. Parteitages im Januar 1993, der unter dem Titel "Erklärung zur konsequenten offenen und öffentlichen Auseinandersetzung der PDS mit der Pro-

<sup>8</sup> Beschluß: Zur Geschichtsarbeit der PDS, in: DISPUT, 3/4, 1995, S. 68.

<sup>9</sup> Ebenda, S. 69.

<sup>10</sup> Ebenda, S. 68.

<sup>11</sup> Ebenda, S. 69.

blematik Staatssicherheit" den Parteivorstand verpflichtet hatte, wiederum einen Beschlußentwurf zur Aufarbeitung der Geschichte der SED und der DDR vorzubereiten und im Oktober 1993 eine Geschichtskonferenz, und zwar die dritte, durchzuführen. Das war vom Parteivorstand versäumt worden, weshalb dieser nun erneut aufgefordert wurde, das Versäumte bis zur 2. Tagung des 4. Parteitages, die im Januar 1996 stattfinden soll, nachzuholen. Das geschah unter dem Thema "Fünf Jahre PDS in der Bundesrepublik Deutschland" im November 1995 in Berlin; der Monat November hat als Termin für solche Veranstaltungen inzwischen eine gewisse Tradition.

Ein quasi offizielles Geschichtsbild der PDS liegt nicht vor, aber es ist deutlich, daß die PDS weder die DDR-Vergangenheit noch ihre eigene jüngste Geschichte vergessen will, auch weil die Gefahr gesehen wird, daß sie anderen allein überlassen werden könnte.<sup>12</sup> Insofern dient das Geschichtsbild auch der politischen Auseinandersetzung mit den politischen Gegnern. Bisky machte das in seinen Ausführungen auf dem 4. Parteitag klar, als er die Funktionalisierung und Instrumentalisierung seiner Version des Geschichtsbildes der PDS verdeutlichte.

Zum einen sollte die PDS in die Debatte um die eigenen Geschichte eingreifen, zum zweiten eine "realistische Geschichtsauffassung jenseits der dogmatischen Klischees von Honecker und Eppelmann"<sup>13</sup> erarbeiten und zum dritten soll die geschichtliche Auseinandersetzung "für die Entwicklung heutiger Politik"<sup>14</sup> genutzt werden. In diesem Zusammenhang würdigte er die langjährigen SED-Mitglieder in der PDS, die "wir mit ihren Erfahrungen akzeptieren

<sup>12</sup> Beispiele dafür sind die "Alternative Enquete-Kommission" und die "ANSichten zur Geschichte der DDR". Diese – bisher fünf – Bände wurden dreimal von Dietmar Keller, Hans Modrow und Herbert Wolf (Bde. 1, 3 und 4) und je einmal von der Bundestagsgruppe der PDS/Linke Liste (Bd. 2) und von Jochen Czerny, Dietmar Keller und Manfred Neuhaus (Bd. 5) herausgegeben. Sie enthalten viele Einzel- und nur wenige synoptische Beiträge zur DDR- und SED-Geschichte.

<sup>13</sup> Lothar Bisky, PDS "95: Solidarisch, Alternativ. Bundesweit. Fünf Jahre PDS: Aufgaben und Herausforderungen. Referat auf dem 4. Parteitag der PDS, in: DISPUT 4/3, 1995, S. 6.

<sup>14</sup> Ebenda, S. 7.

und brauchen"<sup>15</sup>; vergißt er oder spricht er vorsichtshalber nicht von "allen ihren Erfahrungen"? Da werden ihm die jungen Mitglieder, die sich an gleicher Stelle über das Verhältnis der PDS zu Jugendlichen äußerten, nicht immer zustimmen können, zumal Bisky nicht die jetzt benötigten Erfahrungen der alten Genossen erläuterte.<sup>16</sup> Er stilisiert die PDS selbst zum Gegenstand der Geschichtsbetrachtung und kündigt an vorzuzeigen,

"daß es Alternativen zum verordneten Bild der DDR als des Reichs des Bösen und der PDS als des politischen Teufels gibt."<sup>17</sup>

Ob er da wohl an das Bonmot über die Ärzte dachte, von denen zwei über den selben Patienten drei Diagnosen stellen können, und dabei selbst vergessen hat, daß Geschichte diagnostiziert, aber nicht verschrieben werden kann?

### *Chronologie der programmatischen Geschichtsbefassung seitens der PDS*

Die ersten Auseinandersetzungen mit der DDR-Geschichte fanden in der PDS bereits auf dem Sonderparteitag der SED/SED-PDS im Dezember 1989 statt, schlugen sich aber nicht in der damaligen programmatischen Plattform nieder.

Ein Referat von Michael Schumann "Zur Krise in der Gesellschaft und ihren Ursachen, zur Verantwortung der SED" führte nicht zu der von ihm gewünschten parteiweiten Auseinandersetzung über die Ursachen des Scheiterns der SED und des Stalinismus als eines

<sup>15</sup> Ebenda, S. 8.

<sup>16</sup> Vgl. den Beitrag von Thomas Barthel, Rückblick – das Verhältnis der PDS zu Jugendlichen in den vergangenen 5 Jahren, in: DISPUT 3/4, 1995. Dort heißt es auf S. 42 zum Umgang der Parteisenioren mit der Jugend: "Ist ja ganz nett mit den jungen Leuten, aber sie haben doch viele Illusionen. Wir dagegen mit unseren vielen Erfahrungen werden ihnen mal erklären, wie das hier alles funktioniert." Bisky meinte vielleicht die Erfahrungen der Parteimitgliedschaften in der KPD, SPD, SED und PDS und "die Teilnahme am antifaschistischen Widerstand". Ebenda, S. 8.

<sup>17</sup> Ebenda, S. 8.

Systems, das Machtmißbrauch, Korruption und "selbst die physische Vernichtung seiner Gegner ermöglicht hatte".<sup>18</sup> Das ging weit über das hinaus, was als Ursachendiskussion ex cathedra vorgeschlagen worden war. Damit wurde deutlich, daß die Absicht der damaligen PDS-Führung, sich von verschiedenen materiellen wie ideologischen Erblasten der Mutterpartei zu trennen, wie in vielen anderen Bereichen nicht konsequent und auch nicht sofort geschehen sollte. Und es dauerte bis zur Verabschiedung des Programms der PDS 1993, daß von "Verbrechen" gesprochen wurde, wenn auch nicht von Verbrechern; Schumann hatte die Mitglieder des Politbüros persönlich verantwortlich gemacht.

Der Wahlparteitag der PDS im Februar 1990 gab die nächste Gelegenheit zu einer programmatischen Befassung mit der kurz zuvor aus dem Parteinamen getilgten SED. Im Programm, das dem Parteitag vorgelegt wurde, erschienen die ehemalige SED und die von ihrer Herrschaft geprägte DDR-Gesellschaft nur beiläufig und eher apokryph. Lediglich der Hinweis auf die Deformation des Sozialismus als eine der "größten humanistischen Ideen der Menschheitsgeschichte" durch den "administrativ-zentralistischen Sozialismus",<sup>19</sup> sollte wohl heißen: die Herrschaftspraxis der SED, hätte als Distanzierung gewertet werden können. Das blieb an Deutlichkeit weit hinter dem Referat von Michael Schumann auf dem Sonderparteitag im Dezember 1989 zurück. Am "realen Sozialismus" wurde nur bemängelt, daß er die Idee des Sozialismus "in den Schmutz gezogen" habe, was eine ziemlich einfältige Bewertung seiner Gesamtleistung darstellte (er hat wesentlich mehr geleistet und zugleich wesentlich mehr Schaden angerichtet) und vor allem zeigte, daß die PDS nicht über die Kraft – oder den Willen – für eine kritische Analyse verfügte.

Ansonsten vermied das Programm die Auseinandersetzung mit der Politik der SED. Damit war allen geholfen, die sich weiterhin zum Sozialismus bekennen wollten, aber nicht als soziale Träger des kri-

<sup>18</sup> Vgl. Heinrich Bortfeldt, *Von der SED zur PDS*, Bonn Berlin: Bouvier 1992, S.143.

<sup>19</sup> Vgl. Manfred Behrend/Helmut Maier (Hrsg.): *Der schwere Weg der Erneuerung. Von der SED zur PDS*, Berlin: Dietz 1991, S. 384.

tisierten administrativ-zentralistischen angesprochen wurden, d. h. die Angehörigen der ehemaligen Trägergruppen der SED. Das positive DDR-Bild wurde im Wahlprogramm der PDS u. a. durch die Forderung untermalt, die gesellschaftlichen Werte und Leistungen der DDR (Recht auf Arbeit, Kindereinrichtungen, unentgeltliche Bildung, genossenschaftliches und Volkseigentum in der Wirtschaft usw.) für die Zukunft zu bewahren. Allerdings verteidigte die PDS nicht insgesamt das wirtschaftliche und soziale System der noch existierenden DDR, sondern verwies auch auf die wirtschaftlichen und zivilisatorischen Leistungen des Kapitalismus.

Das Eintreten der PDS für einen sozialistischen Pluralismus war insofern richtungsweisend für künftige Programmdiskussionen, weil dieser Teil des Programms, der sich mit dem vergangenen und dem künftigen Sozialismus befaßte, den Extrakt aus verschiedenen Vorklagen darstellte, für jede Gruppierung etwas bot und interpretationsfähig war. Allerdings nur in einem engen Rahmen, der bestimmt war von der Erwartung einer möglichen sozialistischen Perspektive der DDR und einem dafür vorhandenen Konsens. Daß es beides längst nicht mehr gab, fiel wohl nicht auf.

Zwei Konferenzen der PDS, die "Erneuerungskonferenz" im September und die vom Parteivorstand im November 1990 organisierte "Konferenz zum Stalinismus in der KPD und der SED" befassen sich unter dem Aspekt der Erneuerung der Partei und ihrer Distanzierung von der Tradition des Parteienverständnisses der SED. Das beinhaltet auch Erklärungen wie die, daß es eine geschichtliche Tatsache sei, daß die Entwicklung in der DDR vom als "totalitären Kommandosozialismus" bezeichneten Stalinismus geprägt gewesen sei. Doch blieben Analysen aus.

Die rasche Wende zur deutschen Einheit und die Überlebensprobleme der PDS zwischen 1991 und 1993 führten dazu, daß Organisations- und Politikprobleme die Parteipolitik dominierten und in der Geschichtsdebatte faktisch rituelle Aussagen über die Befassung und Auseinandersetzung mit der Geschichte der SED und der DDR eine tatsächliche Beschäftigung mit der DDR-Geschichte ersetzen; von der oben erwähnten "Stalinismus-Konferenz" im November

1990 einmal abgesehen. Die internen Debatten innerhalb der einzelnen Plattformen und Positionen wurden auch in der Folgezeit nur sporadisch untereinander vermittelt, was sich als nachteilig erwies, als diese beispielsweise in der Programmdiskussion miteinander verknüpft werden mußten.

Im Zusammenhang mit der Ausarbeitung eines neuen Programms gab es wieder eine Gelegenheit, sich zur Vergangenheit zu äußern. Im Sommer 1991 konkurrierten in der PDS vier Programmentwürfe: Ein Entwurf der Grundsatzkommission, einer von der Historischen Kommission, ein dritter von der Kommunistischen Plattform und der vierte von Klaus Höpcke, dem ehemaligen stellvertretenden Kulturminister der DDR, dann Mitglied des "Arbeitsausschusses" und späteren Vorsitzenden der Grundsatzkommission der PDS. Die Entwürfe enthielten unter anderem unterschiedliche Einschätzungen der Ursachen des Untergangs der DDR.<sup>20</sup> Während einerseits mehrheitlich die These vertreten wurde, der reale Sozialismus sei letztlich an seiner mangelnden Leistungsfähigkeit, d. h. an system-immanenten Defiziten, gescheitert, behaupteten die Autoren der KPF, ökonomische Mängel, verursacht durch den militärischen Druck des Imperialismus, hätten zur Restauration des Kapitalismus und zum Scheitern des sozialistischen Versuchs DDR geführt.

Anfang 1992 hatte der damalige Berliner Landesvorsitzende André Brie parteiöffentlich über das Problem der PDS mit der Aufarbeitung der deutschen Geschichte nachgedacht und für Behutsamkeit im Umgang mit diesem Thema plädiert.<sup>21</sup> Als dann, vorgeblich im Rahmen der von der PDS-Führung angekündigten Geschichtsarbeit, der Parteivorstand im April 1992 beschloß, eine Gruppe mit "Arbeiten zur Aufhellung der Macht- und Herrschaftsstrukturen der SED als machtausübende und Massenpartei" zu beauftragen<sup>22</sup>, geschah das in erster Linie als Antwort auf die angekündigte Grün-

<sup>20</sup> Vgl. Manfred Gerner, *Partei ohne Zukunft?, Von der SED zur PDS*. München: Tilsner 1994, S. 230 ff. Die Dokumente sind enthalten in: *Parteivorstand der PDS (Hrsg.) 2. Parteitag 2. Tagung 1991*, Berlin, S. 74 ff. Vgl. auch Bortfeldt (Anm. 17), S. 277.

<sup>21</sup> Vgl. André Brie, *PDS und Aufarbeitung der deutschen Geschichte*, in: PID, 2.3.1992.

<sup>22</sup> Vgl. PID v. 15. 5. 1992.

dung der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages. Ein Ergebnis fehlt faktisch bis heute.<sup>23</sup> So konnte es nicht verwundern, daß der 3. Parteitag Anfang 1993 monierte, daß

"heute noch differenzierte Grundpositionen zur Geschichte des DDR-Staates und der SED, ein hinreichend gesicherter und komplexer Standpunkt, in den die MfS-Problematik eingeordnet werden könnte"<sup>24</sup>

fehlen würden. Diese Erkenntnis hinderte die Delegierten des Parteitages allerdings nicht daran, das Grundsatzprogramm mit entsprechend diffusen Aussagen zu verabschieden.

Die stilistischen Veränderungen, die Wechsel der Begriffe und der verwendeten Kategorien und der Sprache des Programms sind darauf zurückzuführen, daß an seiner Ausarbeitung viele Autoren beteiligt waren. Insofern stellt das Programm auch den damaligen state of the art der historischen Diskussion, wie sie politisch in der PDS vermittelbar war, dar, keineswegs aber den tatsächlichen Stand, der allerdings auch nicht eindeutig festlegbar ist.<sup>25</sup> Intern wird das mit dem "Kampf der verschiedenen Linien" erklärt, denn der Entwurf des Programms sei, so seinerzeit André Brie,

"das Ergebnis einer breiten Diskussion mit großen Teilen der Parteibasis und Ergebnis der Arbeit einer Kommission, in der Genossinnen und Genossen mit unterschiedlichen theoretischen

<sup>23</sup> Die "Alternative Enquetekommission Deutsche Zeitgeschichte" war auch nicht veranlaßt, sich mit diesem Thema zu befassen. Diese Kommission, gegründet als Gegenpart zu der vom Deutschen Bundestag eingesetzten Enquetekommission, beteiligt sich an der vornehmlich von abgewickelten DDR-Wissenschaftlern und ehemaligen Funktionsträgern getragenen Diskussion über die Ergebnisse der neuesten DDR Geschichtsschreibung, von denen nur wenige, wie beispielsweise die von Wolfgang Dümcke und Fritz Vilmar herausgegebenen Beiträge, mehr oder weniger ihre Zustimmung finden. Vgl. den Tagungsbericht im ND vom 2.10.1995 und die Rezension über Dümcke/Vilmar, *Kolonialisierung der DDR. Kritische Analysen und Alternativen des Einigungsprozesses*, Münster: agenda 1995, in: *Der Tagesspiegel*, 2./3.10.1995.

<sup>24</sup> Zur konsequenten offenen und öffentlichen Auseinandersetzung der PDS mit der Problematik Staatssicherheit. Erklärung des 3. Parteitages zum Beschluß der 2. Tagung des 2. Parteitages, in: *DISPUT* 3/4, 1993, S. 11.

<sup>25</sup> Vgl. Dazu die Beiträge in den oben erwähnten fünf Bänden "Ansichten zur Geschichte" (Anm. 12).

schen und politischen Vorstellungen sowie Lebenserfahrungen vertreten"<sup>26</sup>

gewesen waren. Deshalb hätte man

"unterschiedliche Positionen zusammenbringen, nicht selten Kompromisse eingehen, Meinungsunterschiede ausdrücken oder ... durch ziemlich allgemeine Formulierungen konkrete Unterschiede überdecken"<sup>27</sup>müssen.

Daß bei solchen Voraussetzungen keine Analyse verfaßt werden konnte, scheint verständlich zu sein. Betrachtet man das Ergebnis, so wird klar, daß die PDS 1993 nicht weiter war als 1990 – und in manchem noch zurückgefallen. So verblüfft dann Lothar Bisky schließlich auf dem 4. Parteitag mit seiner Bemerkung, daß es

"in unserer Geschichtsdebatte Unzulänglichkeiten, Rückstände und große Unterschiede"<sup>28</sup>

geben würde, nur jene, die der PDS Erneuerungsfähigkeit in Zusammenhang mit der Geschichtsdebatte unterstellt hatten. Gleichzeitig wurde auch die autoritäre Denkstruktur sichtbar, als sich der von Bisky geführte Vorstand die Schelte über die versäumte Geschichtsarbeit gefallen lassen mußte. Er wird schon seine Gründe gehabt haben, diese Arbeit nicht zu forcieren und einer davon war mit Sicherheit der innerparteiliche politische Stellenwert. Wie in manchen anderen ideologisch bestimmten Fragen wird die Parteiführung nicht nur durch unterschiedliche Personen und Plattformen zu Stellungnahmen und Aktivitäten gedrängt, sondern auch durch PDS-Mitglieder aus dem Westen und durch den Druck der Medien auf die PDS, sich zu Fragen zu äußern, die in der tagespolitischen Arbeit eigentlich einen geringen Stellenwert haben. Der basisdemokratische Impuls ist zudem in der Geschichtsarbeit gering, d. h. es findet sich kaum eine AG oder Plattform, die hier selbständig etwas vorlegt, sondern es werden Forderungen gestellt, wie und mit welchem Ziel die Befassung geschehen sollte. Insofern kann die Partei-

<sup>26</sup> Zum Programm der PDS. Andre Bric zum Entwurf der Grundsatzkommission, in: DISPUT 3/4, 93, S. 32.

<sup>27</sup> Ebenda, S. 34.

<sup>28</sup> Disput 3/4, 1995, S. 8.

führung, wenn es nicht an zentrale Fragen, beispielsweise das Sozialismusbild, geht, gelassen bleiben.

### *Die Kritik am DDR-Sozialismus im Parteiprogramm der PDS*

Im Programm der PDS, das im Februar 1990 auf dem Wahlparteitag verabschiedet worden war, wurden die auf dem Sonderparteitag der SED/SED-PDS gefallenen kritischen Bemerkungen über die Diskreditierung der Idee des Sozialismus durch den administrativ-bürokratischen Sozialismus erneuert. Gleichzeitig wehrte man sich gegen den Vorwurf, mit dem Beharren auf der Verwendung des Begriffes Sozialismus sich dem Verdacht auszusetzen, sich "stalinistische Zeiten zurück zu wünschen"<sup>29</sup>. Diese Replik war jedoch nicht einmal eine rhetorische Kritik der vergangenen politischen Praxis als stalinistisch, sondern reflektierte nur eine bestimmte Richtung der Abwehr der Kritik am realexistierend gewesenen DDR-Sozialismus: ein Bekenntnis zum realen Sozialismus sei Stalinismus und deshalb lieber zu unterlassen.

Als Kritik der Vergangenheit konnte aber auch nicht der von der PDS propagierte demokratische Sozialismus, verstanden werden:

"Demokratischer Sozialismus, das heißt für uns Eintreten für eine friedliche, humane und solidarische Gesellschaft, in der sich jeder Mensch in Gemeinschaft mit anderen frei entfalten und gleichberechtigt am wirtschaftlichen, politischen und geistigkulturellen Leben teilnehmen kann. Demokratischer Sozialismus ist für uns...ein Weg, eine ständige Aufgabe und Herausforderung."<sup>30</sup>

Wer das als Kritik an den Zuständen der Vor-Wende-DDR lesen will, sollte daran nicht gehindert werden, nur, es wird nicht gesagt, daß dieses die Kritik sei. Diese Formel war auch noch nicht weit

<sup>29</sup> Aus dem Programm der PDS. Angenommen auf dem Wahlparteitag der PDS am 25. 2. 1990, zit. bei Behrend/Meier (Anm. 19), S. 384.

<sup>30</sup> Ebenda, S. 389.

genug entfernt von Beschreibungen der Vorstellungen des realen Sozialismus seitens der Ideologen aus der ehemaligen SED: Demokratischer Sozialismus galt als Alternative zum Kapitalismus, aber nicht zum bürokratischen (etatistischen) Sozialismus.

In der im Programm verankerten Sozialismusdefinition der PDS ist, unabhängig von ihrer politischen Relevanz, auf den ersten Blick nichts aus den alten Definitionen enthalten, wie sie zu Zeiten der DDR beispielsweise im "Philosophischen Wörterbuch" von 1965 im Stichwort "Sozialismus-Kommunismus" als Definition einer Gesellschaftsformation, als Theorie "des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse" oder als "Inbegriff der marxistisch-leninistischen Arbeiterbewegung" zu finden sind.<sup>31</sup> Das gilt auch für mindestens zwei der drei Varianten der damaligen Version von Sozialismus als "(niedere) Phase der einheitlichen kommunistischen Gesellschaftsformation", als Theorie (wissenschaftlicher Sozialismus) oder als "verschiedene Lehren, in denen als Ziel und Ideal der Sozialismus hervorgehoben wird", die sich aber "in der Theorie und in der Art und Weise, wie er errichtet werden soll, vom wissenschaftlichen Sozialismus"<sup>32</sup> unterscheiden. Hier könnten andere Versionen subsumiert werden, nur gibt es keine Dominanz des wissenschaftlichen Sozialismus mehr, so daß entsprechend der Ausgrenzungslogik die Sozialismusdefinition der PDS nicht zum alten Kerndogma der ehemaligen marxistisch-leninistischen, sondern zu beispielsweise zuvor geschmähten utopischen Theorien gezählt werden könnte.

Auch die in der Programmatik der SED verwendete Formel des Sozialismus, dort konkretisiert als Konzept der entwickelten sozialistischen Gesellschaft,<sup>33</sup> wird von der PDS nicht revitalisiert. Nur die Verweise auf die sozialen Sicherheiten des real gewesenen Sozialis-

<sup>31</sup> Georg Klaus und Manfred Buhr (Hrsg.), Philosophisches Wörterbuch, 2. durchg. Aufl., Leipzig: Bibliographisches Institut 1965, S. 518.

<sup>32</sup> Kleines Politisches Wörterbuch, 4. überarb. u. erg. Aufl., Berlin: Dietz 1983, S. 855.

<sup>33</sup> Vgl. Protokoll des IX. Parteitages der SED, 2 Bde, Berlin: Dietz 1976, Bd.2, S. 218ff.

mus lesen sich manchmal so, als stammten sie aus dem Referat von Honecker auf dem X. Parteitag der SED 1981.<sup>34</sup>

Erst in der Definition des neuen Sozialismus als "Ziel, Bewegung, Wertekanon und Methode" – Ziel ist "eine Gesellschaft, in der die freie Entwicklung der einzelnen zur Bedingung der freien Entwicklung aller geworden ist"<sup>35</sup> – findet durch die verbale Umkehrung eine Kritik der Praxis des realexistierend gewesenen Sozialismus in der ehemaligen DDR statt: Damals galt die Formel von der freien Entwicklung aller als Voraussetzung der Entwicklung des einzelnen, womit der – fiktiven – sozialen Gleichheit Vorrang vor der Entwicklung des Individuums in der Gesellschaftspolitik eingeräumt wurde.

Auch in anderen Aspekten hat der neue Sozialismus wenig mit dem überkommenen gemein; dem war Sozialismus als Bewegung

"... gegen die Ausplünderung der Natur, gegen die patriarchalische Unterdrückung" und u. a. "für die Durchsetzung der Menschenrechte"<sup>36</sup>

unbekannt. Das gilt nicht in gleichem Maße für die Werte des Sozialismus wie

"Freiheit, Gleichheit und Solidarität, menschliche Emanzipation, soziale Gerechtigkeit, Erhalt der Natur und Frieden"<sup>37</sup>;

hier klingt stärker Kontinuität durch.

Der methodische Aspekt der neuen Sozialismusdefinition soll sich darin zeigen, daß es keine "aus einem abstrakten Geschichtsplan" abgeleiteten konkrete Ziele geben könne; diese sollen vielmehr "aus den realen Widersprüchen" abgeleitet werden.<sup>38</sup>

<sup>34</sup> Vgl. Protokoll des X. Parteitages der SED, 2 Bde, Berlin: Dietz 1981, Bd. 1, S. 39.

<sup>35</sup> Programm der PDS. Statut (hinfort: Programm 1993), o. O: (Berlin), o. J. (1993), S. 7.

<sup>36</sup> Ebenda.

<sup>37</sup> Ebenda.

<sup>38</sup> Vgl. ebenda, S. 8.

Auch das unterscheidet das Programm der SED von dem der PDS: Weder sind im ersteren Begriffe wie die Menschenrechte oder das Patriarchat zu finden, noch die Verknüpfung von Freiheit, Gleichheit und Solidarität; erst recht nicht der Verzicht auf ein deterministisches Geschichtsverständnis.

Dennoch wird im Programm eine Position festgehalten, aus der deutlich wird, wie wenig die Erkenntnisse über die ökonomischen und politischen Gründe des Scheiterns der DDR zur Änderung von Auffassungen aus der politischen Ökonomie des Sozialismus geführt haben:

"Unterschiedliche Auffassungen bestehen hinsichtlich der Frage, ob die reale Vergesellschaftung von Eigentum primär durch die Verfügung über das Eigentum erreichbar ist oder ob der Umwandlung in Gemeineigentum, insbesondere in gesamtgesellschaftliches Eigentum, die bestimmende Rolle zukommen muß."<sup>39</sup>

Das ist gegenwärtig einer der zentralen Punkte der ideologischen Kontroverse, die sich um das von Gregor Gysi in seinem "Ingolstädter Manifest" 1994 in die Programmdiskussion eingeführte Konzeption des "Gesellschaftsvertrags" dreht und von den Gegnern dieser Position mit dem Hinweis auf den Fortbestand des Klassenkampfes geführt wird.

Die Pragmatisierung des Sozialismuskonzepts in der Rede von Lothar Bisky auf dem 4. Parteitag der PDS im Januar 1995 und das Konzept des Sozialismus als "Weg, Methode, Wertorientierung und Ziel" – so der Titel des dort verabschiedeten Beschlusses – gehen noch über die Programmformulierungen hinaus und lassen das Bild des von der SED-Politik und Ideologie geprägten Sozialismus immer stärker verblassen. Das Vergessen der Praxis ist allerdings auch eine Voraussetzung für die Entdeckung eines nostalgischen Sozialismusbildes, wie es in der DDR-Rezeption in der Programmatik der PDS und in Aussagen u. a. von Bisky selbst zu finden ist. Insgesamt ist die programmatische Befassung mit *dem Sozialismus*

<sup>39</sup> Programm 1993, S. 8.

aber in der PDS keineswegs beendet. Das zeigen nicht nur das Anfang 1994 von Gregor Gysi vorgetragene "Ingolstädter Manifest", sondern auch die im Vorfeld des 4. Parteitages propagierten "10 Thesen" und die wegen des absehbaren Scheiterns dieser These formulierten "Fünf Punkte" sowie die auf den Parteitag folgenden Auseinandersetzungen über die programmatische und politische Strategie und Taktik der PDS bis 1998.<sup>40</sup> Insofern ist der gegenwärtige politische und programmatische Standpunkt, daß

"antidemokratische, antiemanzipatorische, illiberale, avantgardistische und zentralistische Sozialismus- und Parteivorstellungen"<sup>41</sup>

in der PDS keinen Platz haben, weiterhin in der theoretischen Diskussion.

### *Die DDR im PDS-Programm von 1993 – gab es die?*

Der Möglichkeit, sich positiv an die ehemalige DDR zu erinnern, erfolgt im Programm durch Anknüpfungen an behauptete Errungenschaften. Zur DDR als Sozialismusversuch gehörten

"wertvolle Ergebnisse und Erfahrungen im Kampf um die soziale Gerechtigkeit, um die Bestimmung der Ziele der Produktion im Interesse der werktätigen Bevölkerung, um eine solidarische und friedliche Gemeinwesen auf deutschen Boden".<sup>42</sup>

Welche Ergebnisse und Erfahrungen das gewesen sind, bleibt ebenso ungesagt wie die Begründung, was denn daran "wertvoll" war. Wenn

<sup>40</sup> Vgl. zu dieser Entwicklung: Gero Neugebauer/Richard Stöss, Die PDS. Eine notwendige und nützliche, anachronistische und tendenziell entbehrliche politische Partei, Opladen: Leske und Budrich, 1995 (angek.). Der Entwurf der politischen Aufgaben der PDS 1996 bis 1998 ist unter dem Titel "Veränderung von unten. Sozial + solidarisch, demokratisch + antimilitaristisch" abgedruckt im PID Nr. 37/95, S.2 ff.

<sup>41</sup> zit. aus den "Fünf Punkten", in: Disput 3-4/1995, S. 27.

<sup>42</sup> Programm 1993, S. 8.

man nur sowohl an die Rolle und das Schicksal der "Ständigen Produktionsberatungen"<sup>43</sup> als auch an die politische Dominanz der Wirtschaftsabteilung des ZK unter Günther Mittag erinnert,<sup>44</sup> kann man sich über die positive Einschätzung der Produktionszielbestimmung nicht durch, sondern "im Interesse der werktätigen Bevölkerung" nur wundern, es sei denn, die Wortwahl "im Interesse der ... Bevölkerung" soll die Wirtschaftspolitik der ehemaligen SED und damit diese selbst rehabilitieren.

Nur: Kann das dazu führen, wesentliche ökonomische Mängel, z. B. im Bereich der Bereitstellung von Produktionsmitteln, Rohstoffen, Ersatzteilen und Versorgungsgütern zu vergessen? Vermutlich ist der Autor oder sind die Autoren selbst in diesem Politikbereich tätig gewesen und reflektieren die damalige Situation von einer idealisierenden Position aus.<sup>45</sup>

Ebenso scheint erst durch die Kontroverse zwischen Gregor Gysi und Sahra Wagenknecht auf dem 4. Parteitag der PDS manchen Mitgliedern die Tatsache wieder in das Bewußtsein gerückt worden zu sein, daß die SED die militärische Intervention der CSSR im August 1968 politisch und logistisch unterstützt hatte. Auch hätte das Politbüro des ZK der SED angesichts der Entwicklung in Polen seit 1980 nichts dagegen gehabt, daß vom ZK der KPdSU gewaltmäßige Problemlösungskonzeptionen gefunden worden wären.<sup>46</sup> Ohne Rücksicht auf diese Tatsachen wird dann auch im Programm

<sup>43</sup> Vgl. DDR Handbuch, 2 Bde, Köln: Wissenschaft und Politik 1985, S. 1046.

<sup>44</sup> Vgl. U. a. Hans-Hermann Hertle, Vor dem Bankrott der DDR. Dokumente des Politbüros des ZK der SED aus dem Jahr 1988 zum Scheitern der "Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik" (Die Schürer/Mittag-Kontroverse), Berlin, August 1991 ((Berliner Arbeitshefte und Berichte zur Sozialwissenschaftlichen Forschung Nr. 63).

<sup>45</sup> Die Erfahrungen der informellen Mitwirkung im Bereich der Organisation der Produktion durch die dort Beschäftigten und ihr tatsächlicher Einfluß sollen damit nicht negiert werden, nur sind die nicht idetisch mit den oben gemeinten ritualisierten Mitwirkungsverfahren in den DDR-Betrieben.

<sup>46</sup> Vgl. Manfred Wilke/Michael Kubina, Die Lage in Polen ist schlimmer als 1968 in der CSSR, in: Deutschland Archiv 3/1993; S. 335-430. Ihre Beweisführung, Honecker selbst hätte eine militärische Lösung angestrebt, ist nicht schlüssig genug.

formuliert, daß die DDR als Staat "konsequent mit dem deutschen Großmachtchauvinismus gebrochen hatte."<sup>47</sup>

Eine ähnliche Ignoranz findet sich auch bezüglich der Sicherheits-(Innen-)politik, insbesondere hinsichtlich des Wirkens des Ministeriums für Staatssicherheit. Das beginnt bei dessen Absicht, in Krisenzeiten in der DDR Internierungslager für Regimegegner einzurichten bis hin zur Ausübung individueller Repressionsmaßnahmen unterschiedlicher Art, einschließlich psychischer und physischer Zerstörung von Menschen. Das ist eigentlich für einen "Versuch" ziemlich viel. Ist das vielleicht alles unter "Fehler und Irrtümer" zu subsumieren?

Dabei hatte es in der PDS nicht nur genügend aktive und einige passive Betroffene gegeben, sondern sich schon vor der Programmdebatte eine Konferenz zu diesen Fragen befaßt. Zudem gab es einen Beschluß zum Umgang mit ehemaligen Angehörigen und Mitarbeitern des MfS in der PDS bereits seit 1991, dem dann u. a. im Oktober 1992 André Brie und in seiner Folge Gregor Gysi als Vertuscher dieser Affäre zum Opfer fielen; beide wurden ihre Posten als Vorsitzende los: der eine im Landesverband Berlin, der andere als Bundesvorsitzender.

Was war das Positive an der DDR? Zu den Lebensgeschichten der Menschen der ehemaligen DDR, so das Programm von 1993,

"zählen die Beseitigung von Arbeitslosigkeit, weitgehende Überwindung von Armut, ein umfassendes soziales Sicherungssystem, bedeutende Elemente sozialer Gerechtigkeit, insbesondere ein hohes Maß an sozialer Chancengleichheit im Bildungs- und Gesundheitswesen sowie in der Kultur, neue Rechte für Frauen und Jugendliche."<sup>48</sup>

Wenn es stimmt, stimmt es, nur: über welche DDR hat die Arbeitsgruppe von Soziologen aus der damaligen Akademie der Wissen

<sup>47</sup> Programm 1993, S. 5.

<sup>48</sup> Ebenda.

schaften der DDR 1990 einen Sozialreport erstellt, in dem nicht nur über Armut unter alten Bürgern der DDR, über Benachteiligungen für Behinderte und über mangelhaften oder fehlenden Arbeitsschutz berichtet wurde, sondern auch über Mängel des Bildungs- und des Gesundheitssystems.<sup>49</sup> Es ist nicht nur zu beklagen, daß schöngefärbt wird, sondern auch, daß das "sowohl- als auch" im Programm kaum Raum erhält.

Bezüglich der Einschätzung der ehemaligen DDR fallen im Programm von 1993 sowohl Unentschiedenheit zu anderen Positionen wie das Fehlen bestimmter Fragen auf. Wann taucht die SED auf? Wenn, dann in der Regel als Merkposten unter dem Stichwort: Erinnerung, nicht aber als Gegenstand einer Analyse oder im Kontext methodischer Überlegungen. Wann taucht die Staatssicherheit auf? Weder wird ihre Funktion als Herrschaftsinstrument umfassend analysiert noch wird über die Beschreibung einiger Auswirkungen hinausgegangen. Fazit ist: Es gab eine DDR, aber sie war unvollendet, was kein Grund dafür sein dürfte, sie deshalb im Programm auch nur unvollständig zu reflektieren. Insgesamt bleibt die Einschätzung der DDR, ihrer Aktiva und Passiva unentschieden.

Es ist offensichtlich, daß die Diskussion über die Vergangenheit wesentlich mehr Bedeutung für die eigene Identität hat, als es im allgemeinen bei solchen offiziellen Verlautbarungen angenommen werden kann. Das wird dann besonders deutlich, wenn die Diskussion über "Stalinismus" von der allgemeinen auf die konkrete, persönliche Ebene übergeht und jemand wie beispielsweise der Historiker Gossweiler, seine politische Überzeugung zum Maßstab seiner sich wissenschaftlich gebärenden Analyse macht<sup>50</sup>. Ein anderes Beispiel: Als anläßlich einer Publikation über das KZ Buchenwald im "Neuen Deutschland" eine Position veröffentlicht wurde, die einer der Sprecher der Historischen Kommission der PDS, Jochen Czerny, entschieden zurückwies, erhielt dieser aber – anders als die

<sup>49</sup> Vgl. Sozialreport 1990. 2 Bde. Manuskriptdruck, Berlin 1990.

<sup>50</sup> Vgl. die Auszüge eines Beitrags von Kurt Gossweiler in den "Weißenseer Blättern" 4/94 und die Replik von Martin Behrend, Gossweilers Plädoyer für Stalins Terrorjustiz, in: DISPUT 1/1995, S. 14–16.

anonymen Verfasser – keine Gelegenheit, sie im "Blättchen" zu veröffentlichen.<sup>51</sup>

Die Ausblendungen – es finden im wesentlichen keine Auseinandersetzungen mit dem Stalinismus als Herrschaftsprinzip und seinen konkreten Auswirkungen statt, die über knappe Beschreibungen hinausgehen – sind offensichtlich geprägt von der – fortdauernden – Absicht, die DDR nicht einmal als historisches Objekt analytischer Betrachtung zum Zwecke kritischer Rückgewinnung der Vergangenheit und ihrer Bewertung in Frage zu stellen. Sie sind auch mit der Entwicklung der PDS als politischer Partei im System der Bundesrepublik zu erklären.

Zwischen Ende 1990 und Anfang 1992 geriet die PDS in eine Krise, die ihr Überleben als politische Partei fraglich machte. Sie rettete sich aus dieser dadurch, daß sie seit 1992 zur Sprecherin der spezifischen Ostinteressen erkoren wurde; eine Rolle, für die sie sich zwar schon seit 1990 angeboten hatte, die ihr aber bis dahin nicht abgenommen worden war. Die Ursachen für die veränderte Haltung der ostdeutschen Wahlbevölkerung lagen in der Wahrnehmung des Versagens der versprochenen Entwicklung und Ergebnisse des Einigungsprozesses, die auch darauf zurückgeführt wurden, daß die großen politischen Parteien nicht auch als Vertreter sogenannter ostdeutscher Interessen auftraten. Dafür hat zwar auch die PDS kein Monopol, aber sie war de facto die einzige Partei, die den Ost-West-Konflikt aggressiv thematisierte. Dabei half es ihr, daß über ihre eigentliche Klientel hinaus die tatsächlich erlebten sozialen und wirtschaftlichen Härten dazu beitrugen, daß die Erinnerungsverluste an die Nachteile des gewesenen realexistierenden Sozialismus zu-

<sup>51</sup> Vgl. Neues Deutschland, 12. 12. 1994, S. 12. Dort wurde von einer "Lager-Arbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora und Kommandos in Deutschland" eine "Erklärung" zu der von Lutz Niethammer herausgegebenen Dokumentenpublikation "Der "gesäuberte Antifaschismus" Die SED und die roten Kapos von Buchenwald, Berlin 1994, abgedruckt, die Jochen Czerny veranlaßte, sich gegen die Desorientierung der Leser durch die Erklärenden zu wenden und ihnen vorzuwerfen, die "wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem KZ-Regime... zu blockieren und "in übelster SED-Tradition – ...dem Anti-Antifaschismus Vorschub (zu leisten)". Dr. J. Czerny, Schreiben an "Genossen Oschmann, Chefredakteur von "Neues Deutschland", mit der Bitte um Veröffentlichung" (o. O., o. J.).

nahmen. Das beförderte die Bereitschaft zum Protest gegen die Auswirkungen des Systemtransfers, der ebenfalls einen Teil des PDS-Erfolgs seit 1993 erklärt. Nicht die Schattenseiten des SED-Regimes, sondern an die Idee des Sozialismus geknüpfte individuelle sozialen Sicherheiten wurden revitalisiert und suchten nach einer politischen Vertretung, für die mangels Fehlen einer reinen neuen "Ostpartei" die PDS auserkoren wurde.

Dieser sich seit 1992 abzeichnenden Stimmungswandel in der ostdeutschen Bevölkerung wurde im Programm in zweierlei Weise konkret aufgegriffen. Einmal geschah das auf einer allgemeinen Ebene durch die Formulierung politische Ziele wie "Widerstand gegen die Industrie- und Kulturzerstörung" in Ostdeutschland oder die "Regionalisierung der Wirtschaft", zum anderen durch die Benennung konkreter Punkte wie der Absicht, sich

"der weiteren Vernichtung der wissenschaftlichen und kulturellen Strukturen der DDR und der geistigen Abwicklung entgegenzusetzen"<sup>52</sup>;

dies ließ sich auf spezifische PDS-Milieu-Interessen zurückführen. Die PDS wandte sich dagegen, daß durch das

"Umschreiben der Nachkriegsgeschichte den ehemaligen DDR-Bürgerinnen und Bürgern die Identität und damit die Voraussetzung...für die Vertretung ihrer Interessen genommen wird."<sup>53</sup>

Damit wurde unterstellt, der ehemalige DDR-Bürger habe ein Geschichtsbewußtsein erworben, d.h. historisches Wissen, das geeignet gewesen wäre, seine politische Identität zu bestimmen (Sinnggebung), und das nun die Funktion erhält, die Vertretung seiner Interessen zu ermöglichen. Aber wem gegenüber und in welcher Eigenschaft. Als ehemaliger DDR-Bürger gegenüber der ehemaligen DDR? Das ist unlogisch. Als Ostdeutscher gegenüber der Bundesregierung? Das wäre logisch, aber als Ostdeutscher ist er kein DDR-Bürger mehr. Vielleicht sollte doch Geschichtspropaganda nicht mit Geschichts-

<sup>52</sup> Programm 1993, S. 19.

<sup>53</sup> Ebenda, S. 11.

bewußtsein gleichgesetzt und das letztere wiederum nicht als Sozialbewußtsein ausgegeben werden.

Die Befassung mit der DDR-Geschichte hat für die PDS daher auch Bedeutung für ihre Profilierungsbemühungen als die Partei, die *die Ostdeutschen* vertritt, ostdeutsche Themen aufgreift und Interessen formuliert und mit einem politisch-ideologischen Konzept, dem demokratischen Sozialismus, verkuppelt. Insofern konnte das Programm die Zweifel an der Bereitschaft der PDS bestehen lassen, innerhalb der Partei eine notwendigerweise lange und kritische Debatte über die politische Geschichte der DDR zu beginnen. In den nach den Bundestagswahlen 1994 für die Diskussion auf dem 4. Parteitag 1995 vorgelegten "Zehn Thesen" wurde lediglich erklärt, die PDS halte weiter

"an eigenen Maßstäben im Umgang mit Geschichte und politischen (sic!) Biographien fest und lehnt Verklärung von Fehlern, Irrtümern und Verbrechen, die im Namen des Sozialismus begangen wurden, ab."<sup>54</sup>

### *Warum ist die DDR gescheitert?*

Die Beurteilung würde dem mit der ehemaligen DDR nicht vertrauten Leser des Programms ohne Zweifel zu einer merkwürdigen Sicht auf die Ursachen oder die Täter verhelfen. Michael Schumann hatte in seinem Referat auf dem SED-Sonderparteitag noch die alte Riege des SED-Politbüros persönlich verantwortlich gemacht, was eine wesentliche Entlastung für den personellen Unterbau des Politbüros, d. h. den SED-Apparat und seine Herrschaftsinstrumente darstellte.

1993 gelangte die PDS im Spannungsfeld zwischen der Übernahme der Verantwortung für die im Namen des Sozialismus begangenen Irrtümer, Fehler und Verbrechen – und dem Widerstand gegen die

<sup>54</sup> 10 Thesen zum weiteren Weg der PDS. Parteivorstand der PDS, 29. 11. 1994, in: Disput 23/1994, S. 6.

"selbsternannten Sieger der Geschichte"<sup>55</sup> zur Einschätzung der Entwicklung seit 1917 als eines gescheiterten

"Versuch(s), die kapitalistische Produktionsweise, Ausbeutung und Unterdrückung zu überwinden."<sup>56</sup>

Anscheinend wurden die für diese Stelle verantwortlichen Programmautoren – die Formulierung "Versuch" verleitet zu der Annahme, sie bei den Traditionalisten zu vermuten – zu der Formulierung des "DDR-Sozialismus als Versuch" durch ihre Auffassung veranlaßt, es gelte angesichts der ideologischen Intentionen des Systemtransfers, die DDR als einen – für manche *den* – Fehler in der deutschen Geschichte nachhaltig zu revidieren, dazu eine bekennende Gegenposition aufzubauen. Wenn als Resultat dieser Bemühungen die Vermutung herauskommt, daß die DDR deshalb als Versuch analysiert wird, um die Vorstellung zu suggerieren, daß er mit einer anderen Anordnung eventuell erneut gewagt werden könnte, dann sollten sich die Vertreter dieser Auffassung an den Spruch "Versuch macht klug" erinnern und sich dieser Intentionen endgültig enthalten. Das allerdings heißt keineswegs, sich keine Gedanken mehr über Alternativen zu den gegenwärtigen gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Entwicklungen zu machen.

Da sich im Programm nur in der Formel vom notwendigen Scheitern des Sozialismus

"der nicht von der großen Mehrheit des Volkes erkämpft, entwickelt und getragen wird, der nicht die Selbstbefreiung des Menschen gewährleistet,"<sup>57</sup>

eine kritische Anmerkung zu den legitimatorischen Grundlagen und politischen Entscheidungsstrukturen findet, ist diese Passage denn auch eine der wenigen Stellen, an der eine explizite Revision von früheren SED-Postulaten vorgenommen wird. Es wird faktisch aussagt, daß weder die DDR vom Volke getragen wurde, noch daß

<sup>55</sup> Programm 1993, S. 1.

<sup>56</sup> Ebenda, S. 2.

<sup>57</sup> Ebenda.

das politische Systemkonzept, die sozialistische Demokratie, gestimmt hat. Zudem wird die im Konzept des realen Sozialismus behauptete Einheit von Politik und Ökonomie als Fiktion gekennzeichnet, denn der Zusammenbruch des Sozialismus sei

"eine notwendige Folge seiner zunehmenden Unfähigkeit, das Eigentum an den Produktionsmitteln in einer für die Produzenten spürbaren Weise zu vergesellschaften".<sup>58</sup>

gewesen. Das korrespondiert mit der Klage im Programm, daß es nicht gelungen sei,

"die erforderliche ökonomische Effektivität zu erreichen und sie mit wirtschaftlicher und politischer Demokratie sowie konsequenter ökologischer Orientierung zu verbinden."

Wenn es nicht gelang, die erforderliche ökonomische Effektivität zu erreichen, gemeint ist hier die betriebswirtschaftliche (betriebliche) und nicht die volkswirtschaftliche Ebene, dann ist es ohnehin unerheblich, ob sie mit wirtschaftlicher und politischer Demokratie hätte verbunden werden können. Daß es die gegeben haben soll, ist aus der oben zitierten Passage zu schließen. Wie sie gewirkt hat, wird der Kritik entzogen. Ebenso bleibt verborgen, wie die Definition der an dieser Stelle genannten "politischen Demokratie"; die sozialistische Demokratie als eines der Wesensmerkmale des ehemaligen politischen Systems der DDR kann nicht gemeint sein. Zum Problem der ökologischen Orientierung der Volkswirtschaftsplanung der DDR soll an eine Variante des von Lenin in der Auseinandersetzung mit Bucharin gebrauchten Wortes "Produktion ist immer nötig, Demokratie nicht" erinnert werden; in der Variante ist "Demokratie" durch "Ökologie" zu ersetzen. Sind die Autoren dieser Passage nie in Leuna oder Bitterfeld oder überhaupt in der DDR gewesen?

<sup>58</sup> Ebenda, S. 6. Zum Stichwort "sozialistische Demokratie" heißt es in einem DDR-Lexikon u. a., daß durch die sozialistische Demokratie alle Bürger in die staatliche Leitung einbezogen werden, daß sie "alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens durchdringt, insbesondere die Produktion als wichtigste Sphäre sozialistischer Persönlichkeitsentwicklung; (daß) jeder Bürger vielfältige reale Möglichkeiten besitzt..., seine Vorschläge, Hinweise und Kritiken im ...Leitungsprozeß wirksam zur Geltung zu bringen". Kleines Politisches Wörterbuch, Berlin: Dietz 1984, S. 858.

Das Ziel der SED-Politik der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik war es ursprünglich, soziale Verbesserungen und die Hebung des Lebensstandards durch die Steigerung der wirtschaftlichen Effektivität zu erreichen, wozu die sozialistische Demokratie im Betrieb als ein Instrument hätte eingesetzt werden sollen. Ökologische Orientierungen gab es, aber sie waren kein Gegenstand der Plan-diskussionen. Hier wird eine Kontinuität eines Konzepts behauptet, die in der Realität der DDR nicht funktioniert hat.

Ein anderes Argument geht wiederum auf die Realität zurück:

"Die verabsolutierte Entgegensetzung von Plan und Markt führte zum Fehlen von Selbstregulierungsmechanismen in der Wirtschaft und zur Totalplanung."<sup>59</sup>

Letzteres ist die Ursache, nicht das Ergebnis der Verdrängung marktwirtschaftlicher Elemente. Die waren, wenn auch in der Schattenökonomie, durchaus zu finden, aber auch diese war Resultat des Fehlens der Marktelemente, was man nur beklagen kann, wenn es je intendiert war, Plan und Markt als Regulierungsmechanismen nebeneinander zuzulassen.

Als weitere Gründe des ökonomischen Scheiterns werden der Einfluß der bipolaren Weltsituation, die außenwirtschaftliche Benachteiligung der DDR durch ihren Ausschluß von der internationalen Arbeitsteilung außerhalb des RGW, die Mängel im RGW, die Bedrohungs- und Konfrontationspolitik gegen die DDR und das Wettrüsten genannt. Weder eigene ökonomische Mängel, wirtschaftsorganisatorische Schwächen oder falsche forschungspolitische Entscheidungen noch die spezifischen Abhängigkeiten aus dem Außenhandel mit der Sowjetunion werden erwähnt.

Überraschenderweise folgen in einem anderen späteren Abschnitt des Programms weitere Untergangsgründe und es scheint, als ob in diesem Programmteil andere Autoren wiederum eine ideologisch-historische Scheidegrenze gezogen haben:

<sup>59</sup> Ebenda, S. 6.

"Alle Versuche zur Erneuerung des Sozialismus wurden letztlich blockiert."

Nur, von wem? Eine politisch-institutionelle Begründung, wie sie auf dem Sonderparteitag im Dezember 1989 unter Bezug auf das frühere SED-Politbüro als Spitze der Entscheidungspyramide schon einmal gegeben worden war, fehlt. Diese Form der Kritik ähnelt der früher in der SED geübten Praxis darin, daß sie nicht Strukturen kritisiert und unterscheidet sich dadurch, daß keine Personen erwähnt werden. Sollte das eine Rehabilitierung sein? Es geht bei dieser Kritik eigentlich nicht um die führende Rolle der SED als solcher, sondern umfassender um deren Auswirkungen auf die "traditionelle Gewaltenteilung", auf das Wahlsystem und die Partizipationsrechte. Ein weiterer Punkt ist die Kritik daran, wie die Ausarbeitung und Diskussion von Alternativen innerhalb der Partei behindert und beendet wurde.

Im Programm taucht die DDR-Gesellschaft als eine Gesellschaft auf, die beispielweise

"nicht in der Lage war, einen wirklichen Beitrag zum Ausbruch aus der bedrohlichen globalen Entwicklungslogik zu leisten."<sup>60</sup>

Hatte die DDR-Gesellschaft jemals in ihrer übergroßen Mehrheit die Möglichkeit, sich dazu zu äußern? War das zu DDR-Zeiten ein öffentliches Thema und dann von der im Programm der PDS bestimmten Wahrnehmung geprägt? Wären die politischen Entscheidungsstrukturen geeignet gewesen, das Thema als Impuls aus der Gesellschaft aufzunehmen? Die Verwendung des Begriffs der DDR-Gesellschaft als eines politischen Faktors in gefestigten SED-Herrschaftszeiten ist nur als Euphemismus zu werten.

Die zahlreichen Kritikpunkte werden dann im engeren Sinne politisch, wenn Strukturelemente des politischen Systems genannt werden. Es geht aber nicht um die führende Rolle der SED, sondern um deren Auswirkungen auf die "traditionelle Gewaltenteilung",

<sup>60</sup> Programm 1993, S. 5.

gemeint ist die des bürgerlichen Staates, sowie auf das Wahlsystem und die Partizipationsrechte; das alles wurde deformiert oder mißachtet.

Schließlich wird die "von Mißtrauen gegen die Bevölkerung des eigenen Landes erfüllte(n) Sicherheitspolitik"<sup>61</sup> aufgeführt. Damit sind die Autoren an einem der zentralen Punkte angelangt, an dem sie ansetzen könnten, um zu erklären, warum es dann, zurückhaltend formuliert, zu

"Bevormundung der Rechtsprechung, Verletzung der Freiheit von Wissenschaft und Kultur, Mediengängelei"

und schließlich zum Zusammenbruch der DDR kommen mußte. Sie tun es aber nicht und bleiben uns auch ihre Erklärung schuldig, warum eine "überzeugende alternative gesellschaftliche Produktions- und Lebensweise nicht geschaffen (wurde)".<sup>62</sup>

Faktisch legen die Autoren ihrer Kritik Sozialismuskonzepte zugrunde, die weder die Praxis noch die Theorie des real existierenden Sozialismus je bestimmt haben. Es war auch nicht sein Anspruch, so zu sein, wie er im Nachhinein hätte sein können – und er hätte es auch nicht sein können. Wenn die Autoren darüber sinnieren, warum der Sozialismus in der DDR so aufgebaut wurde, wie es nach 1948/49 geschah, werden einmal von ihnen die ideologischen und politischen Prägungen der aus dem Moskauer Exil gekommenen Kommunisten vergessen, die diese gegen die im westlichen Exil bzw. im Nazireich verbliebenen Genossen durchsetzten. Zum anderen bleibt die Frage ausgeklammert, warum denn in der Entwicklung der SED auffindbare Reformdiskurse, mit welcher politischen Absicht sie auch immer angezettelt worden sind, vor allem dann gescheitert sind, als weder in der DDR noch zwischenstaatlich der "Klassenkampf" politisch bestimmend war.

Der Stalinismus taucht nicht als analytische Kategorie, sondern als Beschreibung auf, so wie andere Phänomene, aber ohne Vergangenheit, ohne Herkunft und, fast könnte es so erscheinen, ohne ver-

<sup>61</sup> Ebenda.

<sup>62</sup> Ebenda, S. 6.

antwortliche Menschen. Auch die Opfer bleiben anonym, so daß eigentlich die "Kritik am sozialistischen Versuch", die nicht auf "Ablehnung oder auf Nichtachtung des persönlichen Einsatzes von Männern, Frauen und Jugendlichen"<sup>63</sup> hinauslaufen soll, die Nachfrage erzeugt, wer dann für die "Defizite der DDR-Gesellschaft" verantwortlich gewesen sei und inwieweit nun die Anerkennung des gelebten Lebens mit der Kritik oder der Verweigerung von Kritik an DDR-Verhältnissen zusammengehört?

Der Maßstab eines idealisierten Sozialismus – ein Maßstab, der es den Kritikern erlaubt, sich letztlich zu einem Konzept von Sozialismus zu bekennen, der als Utopie fortexistiert – ist untauglich, entzieht die Vergangenheit einer immanenten Kritik, subsumiert deren prinzipiellen Mängel unter "Defiziten der DDR-Gesellschaft"<sup>64</sup> und wägt sie ab gegen die Verteidigung der "Berechtigung und Rechtmäßigkeit einer über den Kapitalismus hinausgehenden Entwicklung auf deutschem Boden."<sup>65</sup> Da schimmert das Prinzip durch, die Grenzen jeder Kritik an den eigenen Verhältnissen an den Bedingungen des nationalen wie internationalen ideologischen Parteien- (oder Klassen-)kampfes zu bemessen.

### *Späte Einsichten zur DDR-Geschichte*

In den dem 4. Parteitag vorgelegten "Antrag zu den fünf wichtigsten Diskussionspunkten der gegenwärtigen Debatte in der PDS" werden unter Punkt 4. "Das Verhältnis der PDS zu ihrer Geschichte, zur Geschichte der DDR und zum untergegangenen 'real existierenden Sozialismus'"<sup>66</sup> Aussagen zum Geschichtsbild der DDR gemacht. Darin betont die PDS ihre Verpflichtung zu einer "sozialistischen" (Hervorhebung i. O., d. Verf.) Kritik der Geschichte der DDR. Sie will an der SED und der DDR das kritisieren, was nicht sozialistisch

<sup>63</sup> Ebenda.

<sup>64</sup> Ebenda, S. 7.

<sup>65</sup> Ebenda.

<sup>66</sup> Lothar Bisky, Gregor Gysi, Hans Modrow, Sozialismus ist Weg, Methode, Wertorientierung und Ziel, in: PID Nr. 3/1995, S. 11.

war, aber nicht das Sozialistische negativ beurteilen, konkretisiert dieses aber nicht, sondern verweist auf die

"Bemühungen und Ergebnisse der Tätigkeit von Hunderttausenden Mitgliedern der SED, Hunderttausenden Bürgerinnen und Bürger der DDR für eine sozial gerechtere, solidarische und humanere Gesellschaft", die sie "niemals in Abrede stellen oder geringschätzen"<sup>67</sup> werde.

Ebenso will sie sich gegen alle Bestrebungen wenden,

"die antidemokratischen, antiemanzipatorischen, illiberalen, ineffektiven und antiökologischen Realitäten in der DDR zu leugnen"

und erreichen, daß die Mitglieder der PDS

"nie wieder...avantgardistischen und zentralistischen Sozialismusvorstellungen folgen werden."<sup>68</sup>

Übernimmt man das als Kriterien für ein SED- und DDR-Bild, dann ist zu erwarten, daß die vom realexistierend gewesenen Sozialismus geprägte Wirklichkeit der ehemaligen DDR dieser Kritik nicht so standhalten dürfte, daß es leichtfallen könnte, auch zukünftig ein glorifizierendes Bild zu zeichnen. Vorsichtshalber sprechen die Autoren ja auch nur von "Bemühungen und Ergebnissen" für eine u. a. humanere DDR-Gesellschaft. Trotzdem es, was in einem anderen Dokument vermerkt wird, Unrecht, Willkür, Verletzungen von Menschenrechten und einen Mangel an Rechtsstaatlichkeit gegeben habe, wolle man der These vom "Unrechtsstaat" widersprechen.<sup>69</sup> Dahinter verbirgt sich weiterhin die Furcht vor einer Entanomysierung der SED-Herrschaftszeit.

<sup>67</sup> Ebenda.

<sup>68</sup> Ebenda.

<sup>69</sup> Ebenda. In der Begründung zum Verfassungsentwurf der PDS/LL-Bundestagsgruppe (Hauptautor: Uwe-Jens Heur) merken die Autoren an, daß die Datensammlung durch das MfS "ebenso wie die Praktiken der Telefonüberwachung, die Spitzelberichte und Lauschangriffe (verletzten) auf eklatante Weise die Privatsphäre des einzelnen und waren die Grundlage für vielfältige Verletzungen von Grundrechten". Entwurf einer Verfassung für die Bundesrepublik Deutschland, Dt. Bundestag, Drs. 12/6570, S. 49.

Bezüglich der Fortschritte in der Sozialismusdiskussion läßt sich konstatieren, daß bisherige wesentliche Grundlagen der Legitimation einer marxistisch-leninistischen Partei nun zu den Akten gelegt worden sind, nämlich avantgardistische und zentralistische Sozialismusvorstellungen. Aber da die PDS selbst keine zentralistische Partei sein will, muß jetzt abgewartet werden, ob und wie dieser Beschluß, dessen Annahme auf dem Parteitag von heftigen Turbulenzen wegen der Ablehnung der Unvereinbarkeit der PDS-Mitgliedschaft mit antikommunistischen Auffassungen bestimmt war,<sup>70</sup> in künftigen Diskussionen um die Entwicklung der PDS wiederauffindbar sein wird.

In seiner Rede auf dem 4. Parteitag erklärte Lothar Bisky:

"Unser Geschichtsbild ist ganzheitlich und daher differenziert."<sup>71</sup>

Seine Version enthält die Entstehung der DDR als eine Folge des Zweiten Weltkrieges, als der von West und Ost betriebenen Spaltung Deutschlands unter Berücksichtigung der "aktive(n) Rolle der Adenauer-CDU".<sup>72</sup> Sie beinhaltet die Geschichte dieses Jahrhunderts, einschließlich des Holocaust, die der Kriege, des Kalten Krieges wie des Wettrüstens. Er schließt die sozialen und kulturellen Leistungen der DDR ein, einschließlich der ökonomischen Mängel, ebenso wie die Beiträge der DDR-Kunst zur internationalen Kultur.

"Die DDR und das Leben ihrer Bürgerinnen und Bürger war reicher als es uns heute wahrgemacht wird. Ein Leben ist mehr als eine Karriere. Das Land DDR mehr als ein Staat. Die SED mehr als eine Parteiorganisation."<sup>73</sup>

Stimmt, aber was war sie noch?

<sup>70</sup> Vgl. Heinrich Bortfeldt, Pyrrhussieg der Reformer, in: Deutschland Archiv, 3/1995, S. 231.

<sup>71</sup> Lothar Bisky, PDS '95: Solidarisch. Alternativ. Bundesweit. Fünf Jahre PDS: Aufgaben und Herausforderungen, in: DISPUT 3/4, 1995, S. 8.

<sup>72</sup> Ebenda.

<sup>73</sup> Ebenda.

Hier setzt Bisky noch Ausgangspunkte für eine unkritische Heimatgeschichtsbetrachtung in der PDS und formuliert anscheinend eine Reverenz an ein nostalgisches DDR- und SED-Bild, das schon einmal sehr viel kritischer gesehen wurde. Aber entsprechend seinem Selbstverständnis, nämlich als Parteivorsitzender integrativ zu wirken, fügte er diesem Zuckerstückchen für die Traditionalisten im PDS-Klientel gleich einen Löffel Senf hinzu. Er läßt es nicht bei dieser Eloge bewenden, sondern zimmert einen Rahmen für eine DDR- und SED-Betrachtung, der Elemente des Geschichtsbildes aus dem Parteiprogramm aufnimmt, aber auch darüber hinaus andere einschließt.

Dazu gehören

- die im Parteiprogramm von 1993 benannten systemischen Fehler der DDR,
- die Entschuldigung des PDS-Abgeordneten D. Keller an die Opfer der SED-Herrschaft anläßlich der Diskussion des Berichts der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages,
- und der "im Referat von Michael Schumann und in mehreren Dokumenten des außerordentlichen Parteitages" vollzogene "Bruch mit dem Stalinismus als System"<sup>74</sup>.

Das SED-Regime kritisiert er mit Begriffen wie Repression, Zentralismus, Dirigismus und Intelligenzfeindlichkeit. Er führt die Mißachtung von Demokratie und Menschenrechte, die sich durch die "gesamte Geschichte der DDR und der SED" zogen, ebenso an wie die Wirkungen der Penetration des gesellschaftlichen und individuellen Lebens durch die

"Folgen des Stalinschen Partei-, Politik- und Gesellschaftsverständnisses ... Obrigkeitshörigkeit, Opportunismus, Feigheit, Passivität, Resignation, Verantwortungslosigkeit und vorauseilender Gehorsam gehörten zum Alltag"<sup>75</sup>

<sup>74</sup> Ebenda, S. 5.

<sup>75</sup> Ebenda.

der DDR. Nichts mehr von den vielgerühmten preußischen Sekundärtugenden, sondern Denunzierung der Disziplin als "Obrigkeitshörigkeit". Und meint er gar, die Mitgliedschaft in der SED sei als "Opportunismus" zu werten gewesen? Wie verträgt sich das mit den oben erwähnten "wertvollen Erfahrungen" der alten Genossen?

Den Propagandisten der im Programm von 1993 formulierten These von der PDS als der im Herbst 1989 aus der SED aufgebrochenen Partei schreibt er ins Stammbuch, daß die Kritiker und Reformkräfte innerhalb der SED sich in "akademischen Zirkeln" isoliert hätten und die kritischen Diskussionen in der SED Anfang der 80er Jahre in der Partei wirkungslos geblieben wären. Erstaunlich, weil doch "Hunderttausende SED-Mitglieder" daran beteiligt gewesen waren, doch die Führung sei zu mächtig gewesen und sie hat ja das Land in die Krise geführt. Ego te absolvo, populum?

Bisky läßt einerseits kein gutes Haar am politischen System der DDR wie an der Führung der SED und revitalisiert die von Michael Schumann schon 1989 vorgetragene Argumente. Andererseits folgt er ihm zuerst auch in der personalisierten Schuldzuweisung für das Debakel, für das die Parteiführung der ehemaligen SED verantwortlich sei. Damit befreit er das (Partei-)Volk von einer möglichen Kollektivschuldthese, läßt dieses Volk aber gleichzeitig wissen, daß es ja an allem aktiv und passiv Anteil hatte, durch Beteiligung oder durch Schweigen, an dem, was im "Land DDR" passierte. Seine mitgelieferten Entschuldigungen sind der von ihm diagnostizierte "autoritäre(n) Charakter der DDR" sowie die "unentschuldbaren zivilisatorischen Defizite". Kennt er (deshalb?) weder Opposition noch Widerstand außerhalb der SED vor dem Spätherbst 1989?

Würde man die Geschichte der SED und der DDR unter Nutzung der von ihm genannten Kategorien neu schreiben, käme einerseits keine Ähnlichkeit mit dem Bild der DDR heraus, wie es die Zeitgeschichtsschreibung der DDR jemals geleistet hat und wie sie auch noch unter Anwendung mancher Kategorien des PDS-Programms von 1993 bedingt möglich sein könnte. Andererseits bleibt er aber auch noch offiziell hinter gesicherten Erkenntnissen zurück. Er argumentiert bezüglich des Zusammenbruchs primär politisch, denn

der sei durch den undemokratischen und antiemanzipatorischen Charakter des Sozialismus in den osteuropäischen Ländern verursacht worden. Und anders als im Programm zitiert er nicht nur die von Modrow geprägte Formel der "negativen Gesamtbilanz" des Sozialismus "in den Farben der DDR", sondern weist auch auf die durch die Geschichtsdebatte (durch sonst nichts? G. N.) bei den Mitgliedern hervorgerufene Frage "eigenen Versagens und eigener Verantwortung" hin.<sup>76</sup>

Die sozialen und kulturellen Errungenschaften bleiben als ein Faktor, der gegen ein Geschichtsbild der DDR "grau in grau"<sup>77</sup> spricht. Es bleibt auch ein Rest von Unentschiedenheit, wenn er zur Analyse zentraler Kriterien politischer und sozialer Prozesse auffordert und beklagt, daß es sie noch nicht gäbe. Hier kann auch ein Mangel an Führungswillen vorliegen, diese Debatte voranzutreiben; nicht, weil er sie nicht möchte, sondern weil er dafür noch keine Voraussetzungen sieht.

### *Ein Resümee*

Resümiert man die Diskussion in der PDS um das Bild des realen Sozialismus, um die ehemaliger SED und die frühere DDR, so wie sie sich in programmatischen Aussagen finden läßt, dann ist diese nicht auf einen Nenner zu bringen. Sie hat mehrere Aspekte:

### **Der methodische Aspekt**

Methodisch gehen die Autoren der Geschichtsbilder in programmatischen Aussagen der PDS folgendermaßen vor. Sie zeichnen ein Bild der DDR, die in ihrer Entstehung durch die Folgen und das Erbe des Faschismus gekennzeichnet und deren Entwicklung durch

<sup>76</sup> Ebenda, S. 7. Wahrscheinlich hat Bisky nach mehreren Besuchen in PDS-Basisorganisationen, auf denen historische Themen diskutiert wurden, gemerkt, wie wenig dort ein nach seiner Meinung erforderliches revidiertes Geschichtsbild vorhanden ist, denn dort wird oft noch die DDR munter glorifiziert. Vgl. auch den Diskussionsbeitrag von Thomas Barthel auf dem 4. Parteitag (Anm. 16).

<sup>77</sup> Bisky (Anm. 70), S. 8.

den bipolaren Konflikt zwischen den Großmächten, aber auch durch die "Rolle der politisch und wirtschaftlich Mächtigen in der Bundesrepublik Deutschland in der Zeit des Kalten Krieges"<sup>78</sup> bestimmt worden sei. Das Problem der Befangenheit der KPD/SED-Politiker in den historisch-ideologischen Determinierungen ihrer politischen Konzeptionen wird dadurch weitgehend reduziert. Wenn überhaupt, tritt der "Stalinismus in den Farben der DDR" (Markus Wolf am 4. 11. 1989 auf dem Alexanderplatz) als Erklärungsmuster in Erscheinung. Nur ist das Verfahren, historisch erwiesene Tatbestände neben Absichtserklärungen zu stellen, weder der Ersatz für die eigentlich fehlenden Analysen, vorausgesetzt, man erwartet solche in programmatischen Aussagen, noch reicht es in der Regel aus, um beispielsweise zu erklären, daß eine andere Konzeption von Sozialismus selbst dann keine Chance gehabt hätte, als die DDR in den siebziger und achtziger Jahren zivilisatorischer wurde.

Die Erklärung, daß einerseits in der SED in den achtziger Jahren die Diskrepanz zwischen Anspruch und Realität diskutiert worden sei, aber andererseits die Führung sich jeder Kritik und Selbstkritik verschlossen hätte, führt nicht zu einer kritischen Analyse innerparteilicher Willensbildungsstrukturen. Würde das die ehemaligen Angehörigen der nachfolgenden Führungsebenen der früheren SED vergrätzen, die ihren Anteil an der politischen Blockade hatten oder gibt es noch alte Rivalitäten unter den Beteiligten?

So kann es nicht verwundern, wenn heute SED-interne Diskussionen aus der DDR-Vergangenheit wiederbelebt werden, um Konzepte nicht nur für eine Kritik der Vergangenheit zu schaffen, sondern auch die Kontinuität und Tradition eines Konzeptes von Sozialismus zu betonen, der Grundlage für heutige politische Konzepte und Aktivitäten sein soll.

Es ist dann auch verständlich, daß die Diskussion sich nun nicht an der konkret vorfindbaren Gegenwart, sondern an den alten ideologischen Positionen entlang organisiert.

<sup>78</sup> Sozialismus ist Weg... (Anm. 65), S. 11.

Problematisch ist im Programm der Rückgriff auf die (Ur-)Altvordere. Wie die im ersten Programm von 1990 genannten Ahnen – von Bebel über Lenin und Kautsky bis Gramsci – zeigten,<sup>79</sup> offerierte sie ein Sozialismusangebot, das die Diskussionen aus den Jahren nach 1933 ausblendete, weder die Entwicklungen im europäischen noch im Weltkommunismus einschloß, die Nachkriegserfahrungen der italienischen Kommunisten wie die Analysen deutscher Sozialisten, beispielsweise die von Wolfgang Abendroth, negierte und vom Bezug auf Gorbatschows Bemühungen zur Reformierung bestimmter Strukturen absah. Glauben genügend Leute in der PDS wirklich, mit einem Weltbild aus den 20er Jahren in das 2. Jahrtausend gehen zu können?

Das gesellschaftspolitische Konzept des Programms von 1993 nennt weiterhin anachronistische Bezüge und schweigt sich darüber aus, wie weit nun die PDS auf dem Weg zwischen DDR-Sozialismus orientierten Vorstellungen einerseits und linken sozialdemokratischen und linksalternativen grünen Positionen andererseits – oder vielleicht doch den "Dritten Weg" – beschreiten will. Aber hier würde sie in eine nachholende Diskussion mit Positionen der Sozialdemokratie und der Grünen geraten, d. h. manchmal das Rad neu erfinden wollen.

Wie weit z. T. historische Positionen revitalisiert werden, zeigt die angebotene wirtschaftspolitische Alternative an. Sie sieht eine starke sozial- und wirtschaftspolitische Rolle des Staates vor. Durch die Einführung von Wirtschafts- und Sozialräten, durch erweiterte Mitbestimmungsregelungen der Beschäftigten, aber auch der Kommunen und "anderer gesellschaftlicher Kräfte" sollen Entscheidungen gegen die Kapitaleigentümer möglich werden. Hier findet sich durchaus eine Kongruenz zum Berliner Programm der SPD von 1989, in dem ebenfalls eine verstärkte gesellschaftliche Kontrolle wirtschaftlicher Macht gefordert wird, nur greift die SPD nicht (mehr) auf Bernstein oder Hilferding zurück, weil sie sich des heutigen Anachronismus einer solchen Vorstellung bewußt ist.

<sup>79</sup> Ebda, S. 386.

In den programmatischen Aussagen zum Geschichtsbild der PDS wird auch partiell das Verhältnis zwischen der DDR und der BRD reflektiert. Dabei fallen die positiven Würdigungen der bundesdeutschen Kreditpolitik ebenso weg wie die seinerzeitigen (1982/83) Hoffnungen Honeckers, durch die Entwicklung der Beziehungen zur BRD aus der atomaren Umklammerung der Sowjetunion ausbrechen und der DDR einen besseren Status in Europa verschaffen zu können ("Ende der Eiszeit"). Die faktische Einbindung in die internationalen Machtkonstellationen, insbesondere die Anbindung der DDR an die Sowjetunion, wird erwähnt, aber nur selektiv reflektiert.

Insofern verschafft das Geschichtsbild nur zum Teil Maßstäbe zur Bewertung des Vergangenen, die es rechtfertigen, der PDS die völlige Abkehr von ehemaligen SED- bzw. DDR typischen Geschichtsbildern zu attestieren. Deren Anhänger sind im organisatorischen Zusammenhang der PDS ohnehin fast nur noch bei Angehörigen oder Sympathisanten der Kommunistischen Plattform und in Versammlungen zu historischen Themen zu finden, die in von älteren Genossen dominierten Basisorganisationen durchgeführt werden.

Methodisch wird bisher darauf verzichtet, die ehemalige DDR in ihrem Verhältnis zu den selbstgesetzten Idealen zu analysieren. Das ist im wesentlichen der biographienpolitischen Funktion des Geschichtsbildes der PDS geschuldet. Da mit dessen Hilfe die Auseinandersetzung um die Bewertung der DDR geführt werden soll, will die PDS nicht darauf verzichten, die Darstellung der positiven Aspekte der ehemaligen DDR zu fordern. In diesem Punkt wird deutlich, in welchem Ausmaß das Geschichtsbild dazu dient, die Erfahrung des kollektiven Bruchs der Biographien vieler ehemaliger DDR-Bürger aufzufangen und es beleuchtet zugleich eine spezifische sozio-kulturelle Funktion der PDS für Teile ihrer Mitgliedschaft.

Mit der Behauptung, die DDR sei nicht nur "Unrechtsstaat" gewesen, wird zudem der Befassung mit den Vergangenheit eine bestimmte Grenze gezogen, die nicht nur dem Schutz bestimmter Identitäten, sondern auch der Abwehr radikalerer Geschichtsarbeit dienen könnte. Klammheimliches Unbehagen kann einen jedoch

beschleichen, wenn durch die Art der Argumentation der Verdacht einer *nicht* inhaltlichen, *aber* strukturellen Identität zwischen der Behauptung der PDS und beispielsweise der Aussage des ehemaligen Marinerichters Filbinger "Was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein" auftaucht und damit zu Analogieschlüssen ermutigt wird, die die methodischen Probleme von Vergleichen zugunsten einer politischen Bewertung hintanstellen. Ohnehin verhält sich die Justiz bei der juristischen Befassung mit Strafrechtstatbeständen weitaus differenzierter, als die schlagwortgemäße Behauptung aus der PDS heraus suggeriert, wie es beispielsweise Prozesse gegen DDR-Juristen wegen Rechtsbeugung und Freiheitsberaubung zeigen.<sup>80</sup>

### Der historisch-politische Aspekt

Die Verkürzung der These vom Scheitern des Sozialismus auf die Formel, daß es ohne Stalin und dessen Verrat an den sozialistischen Prinzipien und Idealen einen demokratischen und emanzipatorischen Sozialismus und damit keinen Zusammenbruch gegeben hätte und allein deshalb der Stalinismus zu verurteilen sei, ist ahistorisch und befreit von der Vorstellung, systemimmanente Gründe hätten das Scheitern bewirkt. Die genannten Gründe (wirtschaftliche Schwäche, demokratische Konstruktionsfehler) scheinen objektiv zu sein, aber der Verzicht auf ihre Analyse wie auf bestimmte Fragen, ob beispielsweise ein untrennbarer Zusammenhang zwischen staatlichem oder genossenschaftlichem Eigentum einerseits und Demokratie oder wirtschaftlicher Effektivität andererseits besteht, führen zu einem Verzicht auf eine immanente Kritik. Wie aber erklärt sich dann der Zusammenbruch? Wurden sich die demokratisch entmündigten DDR-Bürger ihrer Entmündigung bewußt und versuchten deren Aufhebung in einer Gesellschaft, in der sie aufgrund der dort herrschenden ökonomischen Strukturen per se hätten entmündigt sein müssen?

<sup>80</sup> Vgl. "Zwei frühere DDR-Juristen freigesprochen", Der Tagesspiegel, 10.5.1995.

### Der legitimatorische Aspekt

Mit der Diskussion um die Vergangenheit ist der Versuch der Rekonstruktion der eigenen Geschichte verbunden. Die DDR, geschichtslos geworden schon mit der in der antifaschistischen Doktrin enthaltenen Abgrenzung zum faschistischen Deutschland wie übrigens auch die Bundesrepublik geschichtslos zu werden droht, wenn die deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert auf den Gegensatz zwischen Demokratie und Diktatur reduziert und das nationalsozialistische Deutschland aus der deutschen Geschichte herausgenommen wird, wird aus einer idealisierenden Position heraus stilisiert. Deshalb verharrt die Kritik an den Verhältnissen in der seinerzeitigen DDR in der Beschreibung struktureller Probleme.

### Der ideologische Aspekt

Der bürokratische Sozialismus blieb dem Kapitalismus unterlegen, auch als dessen Erfolgstrang riß, was schon vor der Wende deutlich war. Das Wissen um die Unterlegenheit wurde sowohl durch das Versprechen auf bessere Zeiten als auch durch Furcht vor einer ungewissen Zukunft solange verdrängt, bis die wahrgenommene Verschlechterung der sozialen Verhältnisse – oder die Erwartung des Ereignisses – so in das allgemeine Bewußtsein drang, daß es zu einer kollektiven Distanzierung und Abkehr von der Idee und der Praxis des realen Sozialismus kam. Der jetzt im Programm und in anderen Aussagen teilweise praktizierte Rekurs auf die gewesenen Verhältnisse soll die negativen Auswirkungen der Umsetzung der real-sozialistischen Ideologie zeitbedingt erklären und deren positive Elemente in die Zukunft retten: den demokratischen Sozialismus als Alternative, wiederum nicht national, sondern weltweit.

Die Erkenntnis, daß das kapitalistische System nicht in der Lage ist, nationale wie globale Konflikte zu lösen, ist nun kein Monopol der PDS und wird von dieser in ihrem Geschichtsbild auch nicht mit Kategorien des historischen Materialismus begründet. Dennoch bleibt zu fragen, ob das die eigentliche gegenwärtige Konfliktlinie darstellt. Doch bleibt die Vision des – wie immer auch gearteten – Sozialismus als einer Gesellschaft gegen den Kapitalismus das zen-

trale Kriterium, das zur Unterscheidung der Position der PDS von anderen Parteien im Parteiensystem dient. Innerhalb der PDS reicht das Spektrum der Positionen von der Auffassung, weiterhin von den bisherigen Ausgangsvorstellungen von Sozialismus ausgehen zu können – diese Position impliziert die mögliche Rückkehr zum Stalinismus – bis hin zu der Vorstellung, bereits unter den gegebenen Verhältnissen aktuelle Probleme so zu lösen, daß damit auch Voraussetzungen für die Entwicklung einer neuen Ordnung geschaffen werden, die letztlich nichts mit der überkommenen Sozialismuskonzeption gemein hat.

### Der individuelle Aspekt

Er dient dazu, den Beteiligten, sofern sie nicht in Führungspositionen saßen, zu versichern, daß es keine individuelle Schuld am Zusammenbruch des realgewesenen Sozialismus gibt und daß sie, sofern sie weiterhin einer sozialistischen antikapitalistischen Utopie anhängen, dazu auch positive Erfahrungen aus der vergangenen Zeit zählen können. Hier ist von den Erklärungen im Winter und Frühjahr 1990 über die Positionen des Programms von 1993 insofern eine Veränderung eingetreten, als nun die Mitgliederschaft von der Parteiführung aufgefordert wird, auch die individuelle Verantwortung für den Zusammenbruch zu bedenken und nicht allein die ehemalige Führung der SED dafür haften zu lassen. Doch selbst die Hinweise von Bisky auf die Rolle der Beteiligten oder die Erwähnung von Verbrechen im Programm bleiben letztlich unverbindlich, weil sie verallgemeinern. Aber gibt es Verbrechen ohne Verbrecher und ihre Helfer? Die parteioffizielle Anerkennung der Tatsache, daß es damals auch Verbrechen gegeben habe, bietet einen Weg zur Überwindung aus der – trotz der Biskyschen Kritik – bisher gepflegten Anonymisierung der SED- und DDR-Geschichte, der zur selbstkritischen Aneignung der Geschichte der DDR führen könnte.

Es dürfte manchem früheren Angehörigen der Trägergruppen der ehemaligen SED heute leicht fallen, sich positiv zur Forderung nach der Auseinandersetzung mit dem Stalinismus zu bekennen, weil er glaubt meinen zu können, daß es, anders als in der Sowjetunion, nach 1945 in der SBZ und DDR keinen Stalinismus gegeben habe.

Das dürfte besonders bezüglich des eigenen Selbstverständnisses, und oft auch der eigenen politischen Rolle, jedoch dann problematisch werden, wenn wie jetzt Dokumente beispielsweise über den antifaschistischen Widerstand, das Konzentrationslager Buchenwald und die SED-internen Prüfungen bekannt werden, die die Rolle der dortigen kommunistischer Kader und den Widerspruch zwischen dem "Wissen der Partei" einerseits und andererseits der von der SED davon unbeeinflussten Propagierung des Antifaschismus als Gründungslegitimation und Staatsdoktrin der DDR belegen. Solches tangiert den Kern der politischen Identität sowohl etlicher Mitglieder der PDS, aber auch den des Geschichtsverständnisses der PDS.

### *Einen Schritt vorwärts – keinen mehr zurück?*

Die von der PDS-Führung erneut in ihrem "Strategiepapier" formulierte

"unumkehrbare Absage an Stalinismus, antidemokratische, antiemanzipatorische und illiberale Gesellschafts- und Politikvorstellungen"<sup>81</sup>

könnte in der Geschichtsdiskussion dazu führen, daß die Auseinandersetzung auch mit den Fragen beginnt, die bisher in der Geschichtsdiskussion der PDS faktisch ausgeblendet wurden: Wie kam es zu dem Politik- und Gesellschaftsverständnis, das u. a. die Voraussetzung der Rolle des MfS als Symbol des organisierten Mißtrauens der SED gegenüber der Bevölkerung der DDR war? Welche systemimmanenten Bedingungen prägten die Wirksamkeit des "Stalinismus in den Farben der DDR"? Welche Folgen hatten Politik- und Gesellschaftsverständnis für die Partei und für die Gesellschaft?

Da die PDS auf ihrem 4. Parteitag beschlossen hat, daß es keine Rückkehr zu stalinistischen Auffassungen geben darf, müßte die Verständigung über das beginnen, ob das, was Bisky als Stalinismus

<sup>81</sup> Lothar Bisky/André Brie, Deutschland braucht eine neosozialistische Alternative, in: ND, 21. 2. 1995.

beschrieben hat,<sup>82</sup> den Begriff inhaltlich füllt oder nicht und ein allgemeines Verständnis von Stalinismus formuliert werden. Sonst droht diese Absicht ungläubig zu bleiben.

Der bisherige Verlauf der Geschichtsdiskussion in der PDS, und das zeigen u. a. skeptische Prognosen über die Bereitschaft zur kritischen Sozialismuskussion in den Reihen der PDS,<sup>83</sup> gibt da nicht viel Hoffnung. Das wirft vielmehr die Frage auf, ob nicht eine in der Zeitschrift "DISPUT" Anfang 1993 gestartete und dann abgebrochene Initiative erneut aufgenommen werden sollte. Damals ließ die Redaktion das Mitglied des Neuen Forums Sebastian Pflugbeil eine Reihe von Fragen formulieren, in denen dieser sein Unbehagen am Umgang der PDS mit der Theorie und Praxis der SED formulierte. Darunter waren Fragen wie die nach den Beiträgen, die die PDS

"zur Aufhellung der Geschichte der SED, der Position der SED bei der Führung der DDR, ihrer Verantwortlichkeit für viele große und kleine Dummheiten, Gemeinheiten, Grausamkeiten und Verbrechen",

zur Unterscheidung

"zwischen dem Heer der für das Funktionieren des Apparats zwar notwendigen, aber sonst fast harmlosen Opportunisten auf der einen Seite und den Machtmißbrauchern, Schikaneuren, Schreibtischtätern und Tätern auf der anderen Seite"

sowie zur

"Aufhellung der Kaderpolitik der SED in allen Bereichen"

oder

"zur Aufhellung der Strukturen und Arbeitsweise des MfS"<sup>84</sup> geleistet habe und hätte.

Der umfassende Katalog – auf ihn folgten sowohl zustimmende als auch ablehnende Zuschriften – zielte nicht nur auf Systemprobleme,

<sup>82</sup> Vgl. Bisky (Anm. 70), S.5.

<sup>83</sup> Vgl. Land/Possekkel, (Anm. 1), S. 428.

<sup>84</sup> Sebastian Pflugbeil, Vorwärts und vergessen, in: DISPUT 18/1993, S.9.

sondern auch auf Lebensgeschichten ab und wies damit Unterschiede zu den Aufforderungen zur Befassung mit DDR-Geschichte auf, die von PDS-Kreisen als denunziatorisch deklariert werden. Zudem resultierte er aus einem Interesse, das auch in der PDS selbst schon formuliert worden war, nämlich

"aus der Vergangenheit zu lernen, um einen vertretbaren Weg in die Zukunft zu finden – auch wenn ich skeptisch bin, solche Lehren und die daraus folgenden Konsequenzen an irgendjemanden wirklich vermitteln zu können."<sup>85</sup>

Vielleicht hat die Skepsis, sich die Geschichte der SED und der DDR als politische Alltagsgeschichte selbst vermitteln zu können, inzwischen in den verschiedenen Gruppen und Kreisen der PDS so um sich gegriffen, daß aus einer von Hoffen und Bangen bestimmten Halbherzigkeit nun Hasenfüßigkeit geworden ist, begünstigt durch tagespolitische Ereignisse, bis die nächste ideologische Diskussion erneut die PDS mit den Problemen ihrer Geschichtsarbeit und des Geschichtsbildes konfrontieren wird. Der mit "In großer Sorge" titulierte Aufruf von 38 PDS-Mitgliedern, darunter 22 abgewickelte M-L-Professoren, vermittelte durch seine Revitalisierung marxistisch-leninistischer Kategorien wie durch den Gebrauch der Formel des – von dieser Gruppe abgelehnten – "Stalinismusverdikt", daß die Auseinandersetzung mit der Geschichte, d. h. nicht nur mit der Politik-, sondern auch der Ideologiegeschichte, weitergeht. Allen Beteiligten ist klar, daß auch in Zukunft der PDS nicht ohne ihre Vergangenheit leben wird, aber manchen wohl nicht, welche Zukunft die PDS haben wird, wenn sie nicht zu einer Verständigung über ihre Vergangenheit gelangt, die ihrer Geschichte entspricht. Solange die individuelle wie kollektive Weigerung aufrechterhalten bleibt, sich weder als Person noch als Partei einer biographischen Analyse zur Verfügung zu stellen, sind Zweifel an der Verständigungsfähigkeit und –bereitschaft angebracht.

Weniger die Ergebnisse, sondern mehr diese Auseinandersetzungen zeigen die Bedeutung des Problems der Verknüpfung der individuellen Biographien mit dem Herrschaftssystem der ehemaligen DDR

<sup>85</sup> Ebenda.

für die PDS, denn die politische Biographie der Mehrheit ihrer Mitglieder ist unmittelbar mit der gewesenen DDR verknüpft gewesen. Während sich die SPD von diesem Problem insgesamt wenig betroffen gesehen und in Konfliktsituationen – abhängig von der Beweislage – unterschiedlich verhalten hat, wie es die Beispiele des ex-SDP/SPD-Vorsitzenden Ibrahim (Manfred) Böhme oder des brandenburgischen Ministerpräsidenten Manfred Stolpe gezeigt haben, haben es sich CDU und FDP seit der Aufnahme ihrer ostdeutschen Schwesterparteien mit dieser Frage ziemlich leicht gemacht und sich eher bestimmter Personen entledigt, als deren Verstrickung in die SED-Herrschaft zum Anlaß kritischer Befassung mit der Rolle der Blockparteien in der DDR zu nehmen.

Da die PDS zudem die Kontinuität sozialistischer Positionen in ihrem Programm betont und in der Haltung ihrer Mitglieder berücksichtigt, muß sie auf dem schmalen Grat zwischen Bewahrung von Traditionen und Kritik an der SED-Herrschaft gehen, der es ihr einerseits erlaubt, sich große Teile ihrer Mitgliedschaft zu erhalten, andererseits aber den Eindruck zu vermeiden, sich der Auseinandersetzung nicht stellen und zurück in die Vergangenheit zu wollen. Daß sie dadurch zusätzlichen Schwierigkeiten ausgesetzt werden kann, wenn politische Kooperationen von der Voraussetzung abhängig gemacht werden, daß sich die PDS zu historischen Ereignissen und ihren Folgen erklärt, zeigte das Beispiel in Mecklenburg-Vorpommern, als nach der Landtagswahl 1994 der dortige SPD-Chef Harald Ringstorff von der PDS eine Stellungnahme zu vier Punkten, darunter zur Zwangsvereinigung von KPD und SPD verlangte, bevor er mit ihr weitere Gespräche über eine politische Zusammenarbeit führen wollte. Es ist müßig darüber zu spekulieren, ob der PDS das leichter fallen würde, wenn sie sich nicht aus der SED heraus, sondern nach deren Auflösung neu gegründet hätte. Sie hat die Hypothek ihrer Vergangenheit, zu der sie sich bekennt, in jedem Fall zu tragen. Wie weit diese jedoch Bedeutung hat für die Beurteilung der Politik der PDS, ist eine ausschließlich politische Entscheidung, die, so scheint es aber, leichter zu treffen sein könnte, wenn Parteiengeschichte und –tradition nicht zum Gegenstand des Parteienstreits gemacht, sondern dorthin verlagert werden würde, wohin sie gehören: in die Parteien selbst und in die Geschichte,

innerhalb derer sie öffentlich und wissenschaftlich erarbeitet und diskutiert werden können, ohne sie aber einer politischen Betrachtungsweise zu entziehen.<sup>86</sup>

<sup>86</sup> Vgl. als Beispiel: Landesbüro Brandenburg der FES (Hrsg.), Die PDS. Strukturen, Programm, Geschichtsverständnis. Beiträge einer Tagung am 18. Februar 1995 in Potsdam, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, August 1995.

## Der Autor

Dr. rer. pol. Gero Neugebauer, Dipl.-Pol., Jg. 1941, ist wissenschaftlicher Angestellter im Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung der FU Berlin.

